INTERIM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Ab 15.1.: Bei ARD und ZDF sitzen Sie in der ersten Reihe

Diese Woche mit Jahreshoroskop

Nr. 129 10. Januar 1991

ALLE KINDER SCHAUTEN AUF DIE STRASSE..

Golf

Der Aufmarsch der USA, ihrer Alliierten und Vasallen am Golf liegt schon viele Monate zurück. In der Zwischenzeit erleben wir erneut die Kanonenbootpolitik des Imperialismus auf der einen Seite, und eine faschistische Regionalmacht auf der anderen Seite, die versucht das kurdische Volk zu vernichten, um kurz danach den Kampf des palästinensischen Volkes für ihre eigene Politik zu vereinnahmen. Erstaunlich ist die Fähigkeit der Medien im Verschleiern der politischen Ursachen und die der EG, sich bis jetzt vor den Konsequenzen des Konflikts abzuschotten. Uns ist es auch nicht gelungen dieses Verhalten zu durchbrechen oder die Verantwortlichen aus der Anonymität ihres Alltagsgeschäftes herauszuholen.Für die Menschen der arabischen Länder und vielen Ländern des Trikonts sind die Auswirkungen schon verheerend mit steigender Tendenz.

Wir sehen uns auf der Demo, und bei einer Invasion...

Gut

die sauren Stäbchen und Weingummis
- deshalb: gegessen

Schlecht

leserlich die Erklärung zum LKW zündeln bei Iveco Magirus in Dortmund gegen kapitalistische Offensive, BRD Beteiligung am Golfkrieg im Zusammmenhang mit Häuserräumungen, Hungerstreik und Zusammenlegung.
- deshalb: entsorgt

leserlich ebenso, die Erklärung zu Kackstadt / Häuserräumung am 3.1.

hahnebüchen

"Under Cover Agent in Berlin enttarnt"
Auf drei Seiten nur Vermutungen, keine Fakten.
- deshalb: Ordner

Fotos

Gibts nicht zurück
- deshalb: Pech gehabt

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



AUSSER ROLF, DER KLEBT AM GOLF.

ORDNERLISTE

Warum ich meine Gerichtsstrafe nicht bezahle-Anwerbeversuch aus **HH**-AZ Wuppertal
Volkssport Wuppertal-Fascho Hools-EG Strategie-Lügen Sumpf-Herbstkonferenz '90 in **HB**-Hausbesetzung in Karlsruhe-Demo in Baskenland-Redebeitrag aus Basel nach Anschlag auf ein besetztes Haus-Viva la solidaridad/An die GRAPO Gefangenen
Dokumentation: "Vom Eindruck des Eindrucks der Staatsgewalt auf die Netzhaut"
All Jahre Wieder, Wir sind wieder wer...wer sind wir denn?

KAMPF dem KRIEG am GOLF

Auf Druck der USA billigte der UN-Sicherheitsrat den Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak, falls sich die irakischen Truppen nicht bis zum 15.1.91 aus Kuweit zurückziehen. Mit diesem Ultimatum rückt die Möglichkeit eines brutalen Vernichtungskrieges Tag für Tag ein erhebliches Stück näher.

Wir rufen deshalb im Rahmen eines internationalen Aktionstages am 12.1.91 zu einer Protestdemonstation auf.

- **Wir wollen dort unsere Solidarität mit den Unterdrückten und Beleidigten und ihren Kämpfen gegen Herrschaft und Ausbeutung demonstrieren.**
- **Wir wollen zeigen,daß für die Planungsstäbe der USA-NATO-EG kein ruhiges Hinterland gibt.**
- **Wir wollen unsere Solidarität mit Aktionen wie Sabotage und Blockade ihrer Kriegsmaschinerie, Desertationen und Kriegsdienstverweigerung zum Ausdruck bringen.**

Seit Monaten ist die ganze Welt Zeuge dieses größten Truppenaufmarschs seit dem Vietnamkrieg. Dennoch regt sich angesichts der militärischen Frontstellung gegen den Irak und der bedrohlichen Zuspitzung der Lage nur sehr schwacher Widerstand. Dabei weisen die Äußerungen führender Repräsentanten der USA und des internationalen Kapitals unmißverständlich darauf hin, daß der irakische Überfall auf Kuweit lediglich ein willkommener Anlaß für den Einsatz militärisch-politischer Mittel ist, die nicht nur einem Interessengebiet der westlichen Industrieländer gelten, sondern zugleich der Absicherung bestehender Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse dienen.

Viele, die hier "kein Blut für Öl" fließen lassen wollen, befürworten aber die totale Blockade gegen die irakische Bevölkerung, und viele, die sich über die Besetzung Kuweits aufregen, protestierten nie gegen die Besetzung Palästinas durch Israel und die Vernichtung der kurdischen Bevölkerung. Auch Politstrategen von Taz, Grünen und PDS zerbrechen sich den Kopf der Herrschenden, wie denn der Irak ökonomisch in die Knie gezwungen werden könnte. Ihnen müßte klar sein, daß die Opfer einer Hungerblockade die Armutsbevölkerung des Irak ist und nicht die dortige Machtelite.

20 Jahre lang wurde das irakische Regime von Ost und West militärisch unterstützt und vor allem von der BRD, Frankreich und der UdSSR beraten und aufgerüstet. Mit Hilfe dieser Staaten und der Billigung der USA konnte sich der Irak unter der arabisch-nationalistischen Baath-Partei zu einem ebenso brutalen wie effektiven Überwachungsstaat entwickeln. Bei einer Bevölkerung von 17 Mio. stehen über 1 Mio. Menschen unter Waffen, weitere 1/4 Mio. gehören zum Polizei- und Sicherheitsapparat. Folter - selbst an kleinen Kindern - ist an der Tagesordnung; die Zahl der politischen Gefangenen geht in die Tausende. Jährlich werden hunderte Oppositionelle hingerichtet, aufständische Dörfer wurden im Südirak mit Napalm bombardiert. Bei Angriffen gegen die kurdische Bevölkerung wurde 1988 in Halabja Giftgas eingesetzt, das dank deutscher Technologie im Irak produziert werden kann.

Ost und West haben den Irak auch während des 8-jährigen Krieges gegen den Iran unterstützt, um soziale Spannungen und Revolten, die in der iranischen Revolution offensichtlich wurden, einzudämmen. Dieser Krieg hat die militärische Vormachtstellung des Irak in der Region zwar gefestigt, seine Landwirtschaft und die auf Gewinne aus dem Ölreichtum basierende Ökonomie jedoch ruiniert. Allein bei seinen Nachbarstaaten verschuldete sich das Regime mit 35 Mrd. $ (davon mit 10 Mrd.$ bei Kuweit). Da vor allem die Armutsbevölkerung unter der starken Inflation litt, drohte eine Verschärfung der sozialen Spannungen, als die Demobilisierung der aus den ärmeren Schichten rekrutierten Armee anstand.

Seit Ende der 70er Jahre hat sich indes der ganze Nahe Osten zu einer herausragenden Krisenregion entwickelt:

- Mit dem Sturz des Schah-Regimes ging nicht nur der Iran als Ordnungsfaktor der Region verloren, zugleich zerbrach ein Modell kapitalistischer Entwicklung.
- Der jahrzehntelange Befreiungskampf des kurdischen Volkes in der Türkei, dem Iran und dem Irak konnte trotz massiven Militäreinsatzes nicht niedergeschlagen werden.
- Israel gelang es nicht, den Widerstand der PalästinenserInnen zu brechen, vielmehr entwickelte sich mit der Intifada eine neue Form des gemeinsamen Befreiungskampfes von Frauen, Männern und Kindern.

Im Windschatten des Aufmarschs gegen den Irak nutzt das NATO-Mitglied Türkei indessen die 'günstige' Situation, um das Kurdenproblem durch seine Völkermordpolitik ein für alle mal zu lösen. Israel seinerseits nutzt den Golfkonflikt, um seine expansive zionistische Siedlungspolitik voranzutreiben und die PalästinenserInnen durch die Ansiedlung von über 1 Mio. sowjetischer Juden endgültig nach Jordanien zu verjagen.

In nahezu allen arabischen Staaten verschärft sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich drastisch, soziale Konflikte erreichen ein Ausmaß, welches das Funktionieren der jeweils existierenden Ordnung massiv bedroht. Deutlichster Ausdruck davon sind die fast jährlich stattfindenden Brot- und IWF-Aufstände in Nordafrika, Ägypten, Sudan; und die Massenstreiks, Ghettoaufstände und SchülerInnenrevolten. Die Kalkulierbarkeit und Stabilität der herrschenden Ordnung im Nahen Osten wird desweiteren zermürbt durch die Zunahme islamischer Bewegungen und durch die Millionen rechtloser ArbeitsimmigrantInnen, die inzwischen in ihre Heimatländer zurückflüchten und dort die Millionenheere der Arbeitslosen verstärken. In Kuweit besaß z.B. nur 1/3 der EinwohnerInnen die kuweitische Staatsbürgerschaft; von den 2 Mio. dort lebenden Menschen waren weit mehr als 1 Mio. ausländische ArbeiterInnen. Unter diesen bildeten die PalästinenserInnen die größte Gruppe.

Hier wie dort geht es den Herrschenden weder um die Wahrung von Demokratie und Völkerrecht, was der US-Nah-Ost-Experte Hamilton auch klar zum Ausdruck brachte: "Schließlich sind wir dort nicht um der Demokratie willen, Saudi-Arabien und Kuweit kann man kaum als demokratische Staaten bezeichnen. Der Grund für unseren Einsatz am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl - und wer die Kontrolle darüber ausübt." Doch es geht ihnen nicht nur um die Kontrolle über das OPEC-Geld und -Öl. Sondern es geht ihnen um die Kontrollierbarkeit, Kalkulierbarkeit und Stabilität einer Ordnung in der Golfregion, die sich voll und ganz ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen anpaßt. Und diese Ordnung können weder Saudi-Arabien, noch Israel, noch Ägypten absichern, weil der Widerstand in den verschiedensten politischen und kulturellen Formen und Zusammenhängen immer umfassender wird und sich der Unterwerfung unter das Diktat des kapitalistischen Weltmarktes widersetzt.

Die Rolle der BRD im Golfkonflikt

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wird die UNO von den USA und deren Verbündeten verstärkt als Herrschaftsinstrument eingesetzt. Die UdSSR bekommt deshalb ihre Unterstützung des NATO-Aufmarschs am Golf mit Milliardenkrediten vergoldet. Der auf diese Weise 'legitimierte' Einsatz der NATO-Truppen für einen Vernichtungskrieg gegen die irakische Bevölkerung ist jedoch nicht die einzige Option der US-Strategen. Vielmehr ist längst beschlossen, daß ein großer Teil der Truppen auf Dauer in der Golfregion stationiert wird, um dort die Statthalter der Imperialisten an der Macht zu halten. Die feudalen und diktatorischen Regime, die an vorderster Front der Hungerblockade gegen die irakische Bevölkerung stehen, werden dafür mit massiver Aufrüstung belohnt. Bei alledem mischt die BRD kräftig mit: Bundeswehrverbände beteiligen sich an unbefristeten 'Manövern' im türkischen Teil Kurdistans. Zusätzlich verlangt die türkische Regierung eine Verlegung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO an die türkisch-irakische Grenze. Deutsche Wehrpflichtige, künftig auch aus Berlin, können innerhalb von 72 Stunden an die Front verlegt werden. Darüberhinaus nimmt die Bundesregierung die Golfkrise zum Anlaß, den weltweiten Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von UNO, NATO oder WEU (Westeuropäische Union) vorzubereiten. Im Augenblick aber ist es die wichtigste Aufgabe der BRD, das reibungslose Funktionieren der US-Kriegsmaschinerie logistisch und finanziell abzusichern.

Für uns sollte klar sein, daß wir auf der Seite all jener stehen, gegen die sich die Gewalt dieser 'Neuordnung' richtet. Dieser Krieg hat schon begonnen. Darum kämpfen wir

- **Gegen Nato-Aufmarsch und UN-Hungerblockade**
- **Gegen Vertreibung und Völkermord**
- **Gegen eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik**
- **Gegen das irakische Terrorregime**
- **Für eine Unterstützung des Befreiungskampfes der KurdInnen und PalästinenserInnen**

DEMONSTRATION am Samstag, den 12.1.91 um 13.00 h Adenauerplatz!

VV am Montag, den 7.1.91 um 19.30 h Mehringhof/Versammlungsraum

Autonome und antiimperialistische Gruppen

V.i.S.d.P.: Klaus Leiser, Bonn-Bad Godesberg

GEGEN SOZIALABBAU UND KRIEGSVORBEREITUNG ENTSCHLOSSENEN WIDERSTAND LEISTEN !

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks versprachen die Herrschenden der westlichen Staaten Abrüstung, soziale Sicherheit und Wohlstand für alle. Atomraketen sollten abgebaut, Truppen reduziert werden und das dadurch eingesparte Kapital für soziale Zwecke eingesetzt werden. Die Vision von Frieden und Harmonie ist jedoch längst in sich zusammengebrochen und die Realität entlarvt all die großen Worthülsen als Lügen:

- Truppenaufmarsch am Golf, Ultimatum für den Irak läuft am 15. Januar aus
- Die "Operation Wüstenschild" verschlingt schon jetzt weit über 34 Millionen $ täglich
- 460 Milliarden $ (=40% ihrer Einnahmen) gaben die ölproduzierenden Länder letztes Jahrzehnt für Kriegsgerät aus
- für 20 Mrd.$ exportierte die USA kürzlich noch Waffen an Saudi-Arabien
- über 50 Mrd.$ soll der Aufmarsch rings um den Irak in einem Jahr kosten, wodurch die Staatsverschuldung der USA von 250 auf 300 Mrd.$ anwachsen wird
- unter der Last der Kredite zerfallen immer mehr Länder der "3. Welt", die Folgen: Bürgerkriege und Hungersnot
- beschleunigter Zerfall auch der ehemaligen Ostblockländer, es grassieren Korruption und Spekulation, Hungersnot und Nationalitätenkonflikte

Wie sieht die BRD unter dem Blickwinkel von "Golf-Krise", Wohlstand und Frieden aus?

- zahlreiche Unternehmen rüsteten den Irak mit auf
- beteiligt sich mit 3,3 Mrd. DM, 27 NATO-Reserveschiffen, Marinetruppen, Technikern und Rüstungsmitteln am Krieg
- 16 Bundesbahnzüge (mit 28 Waggons, vollgeladen mit Granaten und Zündern aus US-Depots) sollen über Nordenham Rüstungsmittel an den Golf transportieren
- 241 Vollzüge mit Kriegsgerät waren bereits im Einsatz, weitere 600 sind für die Mobilmachung eingeplant, die DB hofft, sich darüber sanieren zu können
- die Rüstungsmaschinerie läuft wie eh und je
- eine Grundgesetzänderung ist in Vorbereitung, die es der BRD ermöglichen soll, eigene Truppen an den Golf zu schicken
- kann auf stolze 7 Millionen Erwerbslose und 900.000 Obdachlose verweisen - mit steigender Tendenz
- ab nächstem Jahr wird es drastische Preiserhöhungen für Lebensmittel, Krankenkasse geben, aber Abbau von sozialen Leistungen (Bildung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe)

Es scheint so, als ob die Katastrophe, in die die Menschheit hineingerät kaum noch aufzuhalten ist. Wohin wir auch schauen, blicken wir auf das Desaster einer Produktionsweise, die nur am Profit orientiert ist und die Erde zu einem tendenziell sterbenden Planeten macht. Konkurrenzkampf und Widersprüche spitzen sich zu und scheinen unüberwindlich. Dies liegt vor allem daran, daß es nur Wenige gibt, die sich eine Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Logik vorstellen können und für die Perspektive des menschlichen Gemeinwesens kämpfen, in der Konkurrenz, Kriege, Geld-Ware-Beziehung, Obdachlosigkeit und Hunger abgeschafft sind.

Noch sind es nur kleine Gruppen und Zirkel, kurze, aufflackernde Klassenkämpfe, die für eine menschliche Zukunft stehen und sich gegen Irrationalität, Elend und Kriegsmobilisierung wehren und von den nach Skandalen lechzenden Massenmedien verschwiegen werden können. Aus der Geschichte wissen wir, daß es schenll zu Massenbewegungen kommen kann. wenn die Menschen es satt haben, immer nur wieder Opfer zu bringen, wenn der Leidensdruck so groß wird, daß sie gar nicht mehr anders können, als sich mit aller Macht der Kriegsmaschinerie entgegenzustemmen und ihren Generälen und potentiellen Henkern das Handwerk zu legen. Auch 1914, als unter umfälligem Beifall der Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt wurden, waren die Gegner des imperialistischen Krieges in der Minderheit. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden u.a. deshalb verfolgt. Vier Jahre später war der von ihnen gefründete Spartakusbund jedoch eine große Kraft und trug mit durch die Initiative der meuternden und aufständischen Soldaten und Arbeiter entscheidend zur Beendigung des Krieges bei. Ähnlich war die Situation in Rußland. Auch wenn die Perspektive der Schaffung des menschlichen Gemeinwesens scheiterte, der Spartakusaufstand niedergeschlagen und Rosa und Karl von den Bluthunden Noskes am 15. Januar 1919 ermordet wurden, sollte uns ihre Initiative und Kraft, die darin steckende Hoffnung auf ein Leben jenseits von Krieg und Ausbeutung auf diesem Planeten Orientierung geben. Denn das System, welches zwei Weltkriege hervorbrachte, ist immer noch das gleiche!

Aus den Erfahrungen haben wir aber auch gelernt, daß es kaum möglich ist, während oder gar nach einem Krieg für den umfassenden natürlichen Humanismus zu kämpfen, genau so wenig, wie man während eines Erdbebens zu einem Architekturwettbewerb aufrufen kann: Es kommt vor allem darauf an, den Krieg zu verhindern! Wir können ihn jedoch nur verhindern, wenn wir gegen die soziale Verelendung vorgehen, uns dem Militarismus verweigern und jede Beteiligung an einem neuen Krieg zurückweisen!

Bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, die viele "3.-Welt-Länder" in Pleite stürzte, die auch die Ostblockländer hinweggerafft hat, den Zerfall der US-Ökonomie beschleunigt und bald auch das wiedervereinigte Deutschland erfassen wird, wandert das von uns erarbeitete Geld auf der einen Seite zunehmend in Spekulationsgeschäfte - auf der anderen Seite in den Sektor "Sicherheit und Ordnung" (innere und äußere Aufrüstung), wodurch die Kriegswirtschaft erst so richtig angeheizt wird. Dies bedeutet aber eine Durchmilitarisierung der gesamten Gesellschaft und zeigt sich schon jetzt deutlich in der Hatz, die auf Total-, Kriegsdienstverweigerer und Gruppen, die gegen den Militarismus agieren, gemacht wird. Auch den Arbeitern, die für höhere Löhne streikten, wurde gedroht, sie würden "den nationalen Frieden in Gefahr bringen". Wir erklären uns mit allen solidarisch, die die Bereitschaft, für die Interessen der Reichen Opfer zu bringen und für sie in die Schlacht zu ziehen, aufgekündigt haben.

Wir wollen die Aufopferung auf dem Altar des Profits und Kriegsinteressen nicht länger hinnehmen! Wir haben es satt, daß die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher werden und sehen es gar nicht ein, daß wir, die sozial Schwachen wieder einmal "den Gürtel enger schnallen" sollen ! Wir wissen, daß es möglich ist, den ab 15. Januar geplanten Krieg zu verhindern und generell alle nationalen imperialistischen Kriege abzuschaffen, wenn wir uns zu einer starken Anti-Kriegs-Bewegung und Allianz gegen Massenvernichtungsmittelproduktion zusammenschließen!

Der Anfang dafür ist eine große und starke Demonstration am 15. Januar, der Tag, an dem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden, der Tag, an dem das Ultimatum am Golf abläuft! An diesem Tag wollen wir Akzente setzen, die an Ausstrahlungskraft zunehmen werden und an den Festen der herrschenden Kriegslogik rütteln, bis wir es gemeinsam schaffen, diese zum Einsturz zu bringen!

Die Demonstration soll im Wedding vor der SPD-Zentrale, Müllerstr. 163 (am U-Bahnhof Wedding) um 17.00 Uhr beginnen und von dort an Schering vorbei über den Prenzlauer Berg zum Mahnmal für die Opfer des Militarismus, Unter den Linden gehen, wo auch die Abschlußkundgebung abgehalten wird. Alle Gruppen und Organisationen, die die Intention dieses Aufrufs teilen, haben auf der Demonstration Agitations- und auf der Abschlußkundgebung Redefreiheit. Alle, die sich der Todesgefahr, in der die Menschheit schwebt, bewußt sind, sind dazu aufgerufen, sich an unserer Initiative zu beteiligen.

- Keine Kürzung der Sozialleistungen!
- Widersetzen wir uns der Mobilisierung für den Golfkrieg!
- Verweigern wir uns dem Wehrdienst und allen paramilitärischen Einsatzplänen!
- Solidarität mit Deserteuren der Bundeswehr, der US-Armee und den Totalverweigerern!
- gegen jegliche Vaterlandsverteidigung und Burgfrieden!
- Stoppt die Massenvernichtungsmittelproduktion und Rüstungsmitteltransporte!
- Bereitet Euch auf die zukünftigen sozialen Auseinandersetzungen zwischen Kapitaleignern, ihrem Staat und der Lohnarbeiterschaft vor!
- Versuchen wir schon jetzt, die Konkurrenzkämpfe des Jede(r) gegen Jede(n) zu sabotieren, indem wir solidarisch miteinander umgehen!

FÜR DIE ANEIGNUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN REICHTUMS UND FREIER PRODUKTIVKRAFTENTWICKLUNG ZUM WOHL DER GESAMTEN MENSCHHEIT

FÜR DEN TRIUMPF DES MENSCHLICHEN GEMEINWESENS GEGEN DIE PROZESSUIERENDE KATASTROPHE DER BESTEHENDEN PRODUKTIONSWEISE

Alle auf die Straße: am 15. Januar 17 Uhr, SPD-Zentrale, U-Bhf. Wedding

Vollversammlung und "Teach In" mit Hintergrundinformationen zum Golf-Krieg:
Montag, den 7. Januar '91 um 20 Uhr, Versammlungsraum im Mehringhof
Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

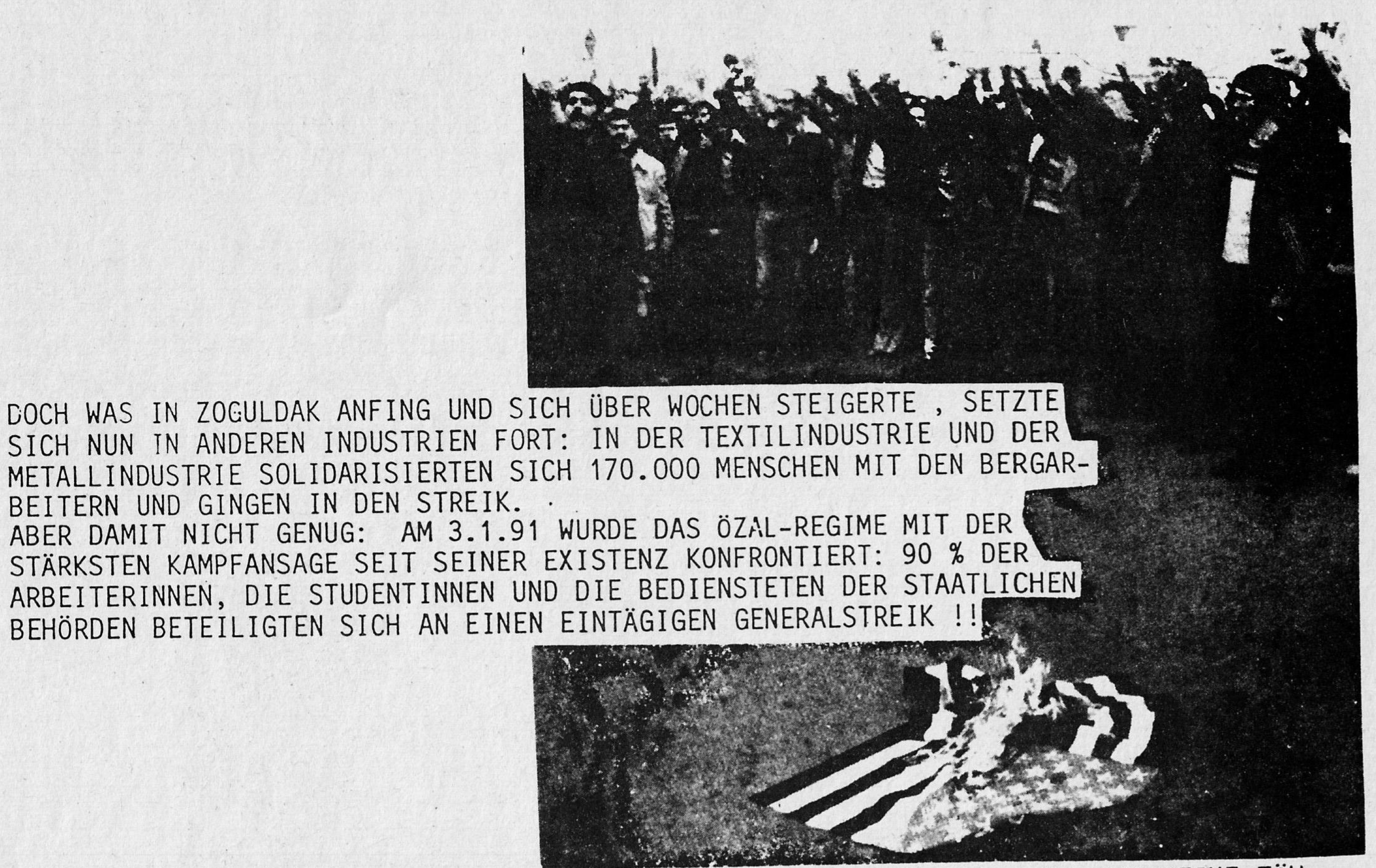
Aktionskomittee 15. Januar
c/o Bildungszentrum für eine neue Welt, Mahlower Str. 9, 1000 Berlin 44

VOM Bergarbeiterstreik ZUM Generalstreik

SEIT ÜBER 4 WOCHEN SIND DIE BERGARBEITER IN ZONGULDAK IM AUSSTAND. 50.000 STREIKEN FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN, MEHR LOHN, DER DURCHSETZUNG DEMOKRATISCHER RECHTE; MEHR UND MEHR ABER AUCH SIND PAROLEN GEGEN DEN GOLFKRIEG UND EINE BETEILIGUNG DER TÜRKEI DARAN ZU HÖREN.
TROTZ DES SEIT 1982 GELTENDEN STREIKVERBOTES SIND TÄGLICH ZEHN - TAUSENDE AUF DEN STRAßEN UND WERDEN VON IHREN FAMILIEN UND DER BEVÖLKERUNG UNTERSTÜTZT.



"ES GEHT BEI DEM KAMPF DER BERGLEUTE IN ZONGULDAK GEGEN DIE KAPI - TALISTISCHE KLASSE NICHT NUR UM MEHR LOHN, SONDERN DIE SITUATION WIRD SICH FÜR DIE TÜRKISCHE WIRTSCHAFT ZU EINER KRISE AUSWEITEN , DIE, ZUSAMMEN MIT DER GOLFKRISE, ZU NOCH MEHR AUSBEUTUNG DER ARBEI- TERINNEN UND ARBEITER , ZU NOCH MEHR TERROR DER HERRSCHENDEN KLASSE FÜHREN WIRD." (AUS EINEM FLUGI)
BEI EINER INFLATIONSRATE VON 80-90 % (DIE NICHT DURCH LOHNERHÖHUNHEN AUFGEFANGEN WIRD) , BEI EINEM MONATSEINKOMMEM VON 120-150 DM UND BEI ARBEITSBEDINGUNGEN, DIE JEDEN DRITTENTAG EINEN TOTEN IN DEN BERGWERKEN FORDERN, "IST DIE SPANNUNG" in ZONGULDAK "ESKALIERT. IM STADTZENTRUM LEISTEN DIE BERGARBEITER (...) KONSEQUENTEN UND HARTEN WIDERSTAND":(FLUGI)



DOCH WAS IN ZOGULDAK ANFING UND SICH ÜBER WOCHEN STEIGERTE , SETZTE SICH NUN IN ANDEREN INDUSTRIEN FORT: IN DER TEXTILINDUSTRIE UND DER METALLINDUSTRIE SOLIDARISIERTEN SICH 170.000 MENSCHEN MIT DEN BERGARBEITERN UND GINGEN IN DEN STREIK.
ABER DAMIT NICHT GENUG: AM 3.1.91 WURDE DAS ÖZAL-REGIME MIT DER STÄRKSTEN KAMPFANSAGE SEIT SEINER EXISTENZ KONFRONTIERT: 90 % DER ARBEITERINNEN, DIE STUDENTINNEN UND DIE BEDIENSTETEN DER STAATLICHEN BEHÖRDEN BETEILIGTEN SICH AN EINEN EINTÄGIGEN GENERALSTREIK !!

"IN ISTANBUL FAHREN KEINE LINIENBUSSE, KEINE S-BAHNEN UND KEINE FÄHren. DER FLUGVERKEHR IST EINGESTELLT, UND DIE BÄCKEREIEN BACKEN KEIN BROT. DIE INDUSTRIEBETRIEBE LIEGEN STILL. STROM UND TELEFONNETZ BRECHEN VON ZEIT ZU ZEIT ZUSAMMEN."(TAZ, 4.1.)

DIE BERGARBEITER ABER WOLLEN WEITER SIE WOLLEN NACH ANKARA FAHREN UND DIREKT MIT ÖZAL VERHANDELN.
ABER "DIE BEHÖRDEN HALTEN DIE FAHRZEUGE FEST" (TAZ,5.1.) SO DAß SICH 60.000 MENSCHEN ZU FUß (!) NACH ANKARA (190 km) AUFGEMACHT HABEN.
AM SONNTAG (6.1.) WAR VON TÜRKISCHEN GENOSSINNEN (DIE IM HALK-EVI EIN SOLIDARITÄTSKOMMITEE GEGRÜNDETE HABEN) ZU HÖREN , DAß MITTLERWEILE 200.000 MENSCHEN RICHTUNG ANKARA MARSCHIEREN !!



DAS HAT ES SEIT DEM PUTSCH VOM 12.SEPTEMBER NICHT MEHR GEGEBEN. DIE TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN ARBEITERINNEN TROTZEN DEM ÖZAL-REGIME , GREIFEN IN DIE POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNGEN MIT EINEM MUT UND EINER KRAFT EIN, DIE GERADE JETZT , KURZ VOR DER FEUERHÖLLE DES IMPERIALISTISCHEN KRIEGES (VON SADDAM BUSH UND GEORGE HUSSEIN) SO WICHTIG UND SO NÖTIG IST.
IHR KAMPF ZEIGT , DAß WIR DEN SCHWEINEN WAS ENTGEGENSETZEN KÖNNEN, DAß WIR NICHT HILFLOS SIND, SONDERN UNS WEHREN KÖNNEN, SEI ES HIER IN BERLIN , IN ZONGULDAK ODER SONST WO...

KOMMT ALSO ALLE ZUR DEMO GEGEN DEN KRIEG AM GOLF

DEMONSTRATION am Samstag, den 12.1.91 um 13.00 h Adenauerplatz!

Die fünf Holzwürmer

In einem Dachstuhlbalken lebten einmal fünf Holzwürmer. Ihr Leben bestand aus nagen, nagen und nochmals nagen. In der Zeit, in der sie nicht nagten, schliefen sie, und das war auch schon alles.

Schon die Eltern der fünf Holzwürmer hatten in diesem Balken ihr Nagewerk verrichtet, und ebenso ihre Großeltern und Urgroßeltern. Auch die Eltern der Urgroßeltern und deren Großeltern hatten schon an diesem Balken genagt. Kurzum, die ganzen Vorfahren der fünf Holzwürmer hatten nichts anderes gemacht, als Löcher in diesen Balken zu nagen, und sie hatten sich recht gut davon ernähren können.

Man kann sich aber vorstellen, daß das Leben dieser Holzwürmer nicht besonders aufregend war. Auch in geschmacklicher Hinsicht war nicht viel los – es war ja schließlich immer derselbe Balken, in dem sie nagten. Na gut, hier und da stieß einer der Holzwürmer auf eine vertrocknete Harzader, und dann gab es für kurze Zeit eine Abwechslung auf dem Speisezettel. Aber so etwas kam sehr selten vor.

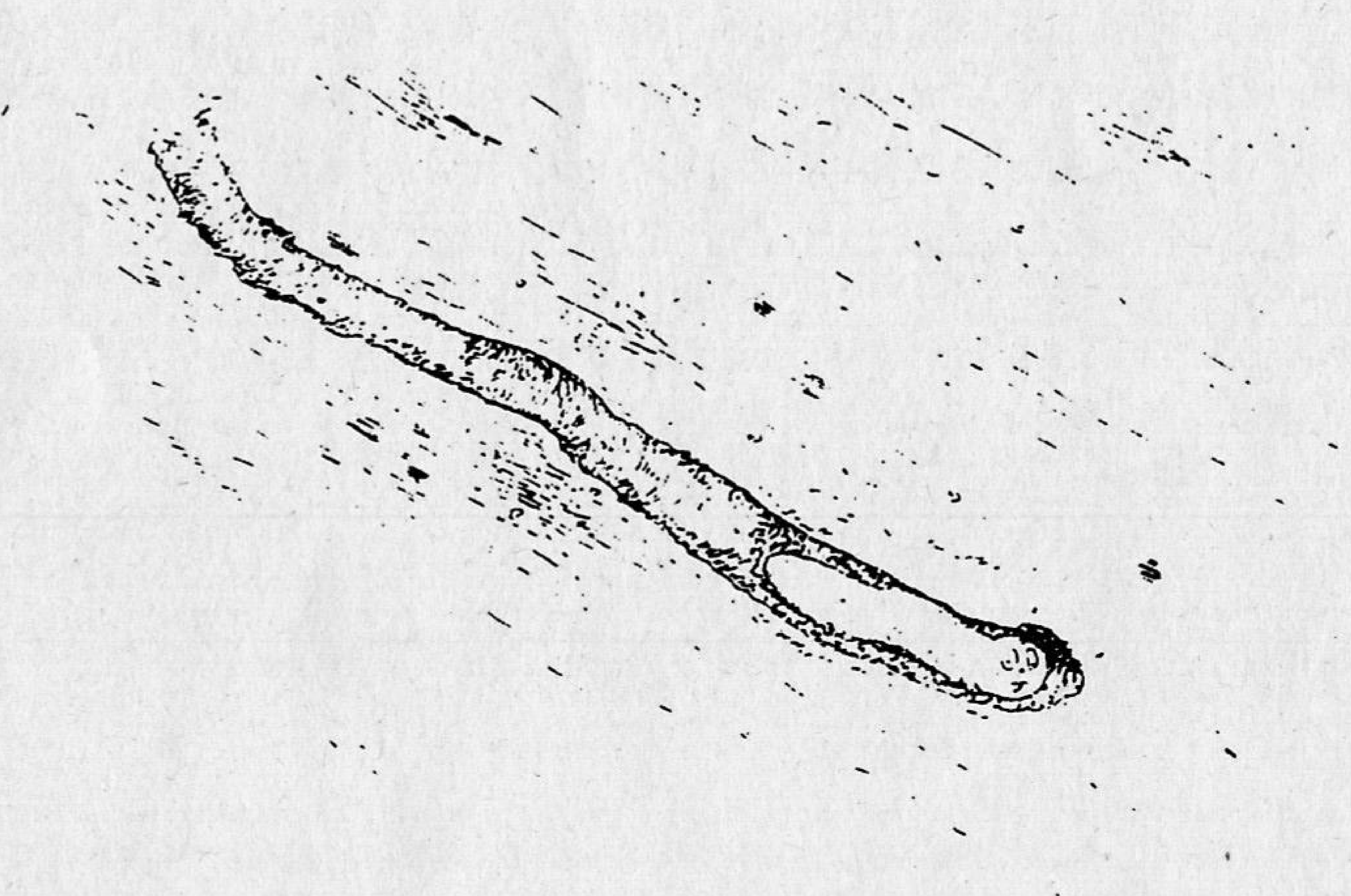
Eines Tages, als die fünf Holzwürmer in einer Nagepause beisammensaßen, unterhielten sie sich darüber, wie die Welt wohl außerhalb des Balkens aussehe.

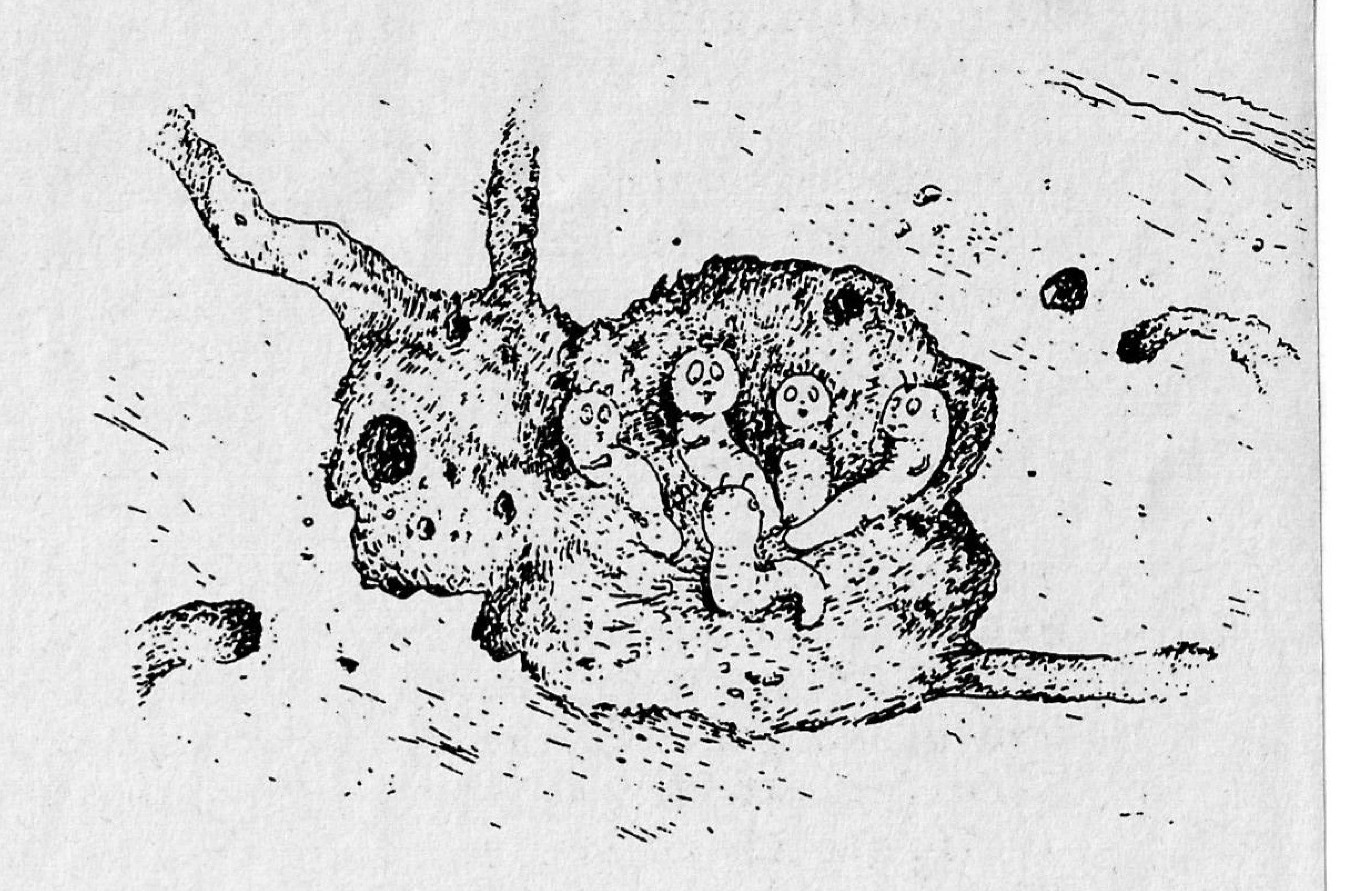
»Ich weiß sogar den Weg, der aus diesem Balken herausführt!« sagte der älteste der fünf Holzwürmer. »Eine Ameise, die ich einmal in einem meiner Gänge getroffen habe, hat ihn mir genau beschrieben.«

»Ach was«, sagte ein anderer Holzwurm, »meiner Ansicht nach gibt es überhaupt keine andere Welt außer dieser. Das sind doch alles Phantastereien. Die Welt besteht nun mal aus Holz, das ist die Realität des Lebens, mein Lieber, ob es dir nun paßt oder nicht!«

Ein anderer Holzwurm sagte: »Nun, möglicherweise gibt es doch noch etwas anderes als Holz, das würde ich gar nicht bestreiten. Aber ich sage euch: Denkt ja nicht viel darüber nach! Das kann sehr gefährlich werden. Wer weiß schon wirklich, was außerhalb des Holzes ist? Kein Wurm kann das wissen?«

Der vierte Holzwurm sagte: »Mich interessiert das überhaupt nicht. Solange ich mich jeden Tag vollfressen kann, ist doch ohnehin alles in bester Ordnung, oder?«





Der fünfte Holzwurm hatte mit großem Interesse zugehört. Er hatte schon oft darüber nachgedacht, wie es wohl außerhalb des Balkens aussieht. »Wer weiß?« sagte er jetzt, »vielleicht gibt es noch andere Arten von Holz. Das könnte doch möglich sein? Vielleicht fressen wir das minderwertigste Holz, das es gibt, und wissen es nicht. Möglicherweise gibt es ganz in der Nähe süßes Holz, oder weiß ich was?«

Aber die anderen Holzwürmer lachten ihn nur aus.

»So ein Spinner!« sagten sie, und der älteste Holzwurm sagte spöttisch: »Wenn du so neugierig bist, schau dir doch die andere Welt an! Der Weg hinaus ist ganz einfach: Du brauchst immer nur in Richtung Süden nagen. Das hat mir die Ameise gesagt. Also, niemand hält dich auf!« Und die anderen Holzwürmer lachten wieder.

Der fünfte Holzwurm aber sagte: »Ihr braucht gar nicht zu lachen! Ich riskier's! Von mir aus könnt ihr hier verschimmeln!«

Und von dieser Stunde an nagte er nur noch in Richtung Süden.

Er war mit großem Eifer bei der Arbeit, und in seiner Phantasie stellte er sich die neue Welt wunderbar vor. Er war überzeugt, daß am Ende seines Weges ein wahres Holzwurmparadies auf ihn warten würde.

Was der Holzwurm aber nicht wußte, war, daß ihn der älteste Holzwurm aus lauter Bosheit in die falsche Richtung geschickt hatte. Die Ameise hatte nämlich »Westen« statt »Süden« gesagt, und so nagte er in die falsche Richtung, immer dem Balken entlang.

Er kam niemals aus dem Balken heraus.

Nach sechs Jahren ununterbrochener Arbeit fühlte der Holzwurm, daß er sehr schwach geworden war und bald sterben würde.

Nun muß ich sterben und habe es nicht geschafft, dachte er. Bevor er die Augen für immer schloß, sagte er noch: »Aber versucht hab' ich's doch!«, und er sah dabei sehr zufrieden aus.

NACH DEM MASSAKER AM TEMPELBERG...

Das nachfolgende Interview mit einer Mitarbeiterin des Alternative Information Center war ein Beitrag für eine Veranstaltung zum dritten Jahrestag der Intifada in Göttingen. Es wurde am 3. Dezember 1990 aufgenommen. Das Alternative Information Center wurde 1984 von AktivistInnen der israelischen Protestgruppen und der israelischen Linken und von palästinensischen AktivistInnen innerhalb Israels und aus den besetzten Gebieten gegründet. Es gibt ein monatlich erscheinendes Magazin, "News From Within", mit Analysen und Hintergrundinformationen über die Situation in Palästina heraus.

Frage: Wie ist die Situation in Jerusalem nach dem Massaker am Tempelberg?
Antwort: In Jerusalem, jetzt praktisch einen Monat nach dem Massaker, ist die Situation momentan etwas ruhiger, insofern als die Zugangssperren nach Jerusalem wieder aufgehoben worden sind, als die Menschen aus der Westbank und dem Gaza--Streifen wieder nach Jerusalem kommen. Die Situation hat sich jedoch geändert im Vergleich zu vorher. Es gibt viel mehr Spannungen in den Straßen, die ganze Situation ist viel gespannter als vor dem Massaker. Und seit dem Massaker haben sich auch die physischen Angriffe durch Palästinenser auf die jüdische Bevölkerung, vor allem in Jerusalem, gehäuft. Es kommt immer wieder vor allem zu Messerattacken, in Jerusalem hauptsächlich an Polizisten und Grenzpolizei, in Ostjerusalem und in der Altstadt; ausgenommen der eine Fall, wo ein Palästinenser drei jüdische Zivilisten in Westherusalem attackiert und getötet hat. Insgesamt ist die Situation in Jerusalem nicht viel anders als im Rest des 48er Gebietes, des "israelischen Staatsgebietes". Es gibt viel mehr Spannungen, Angst und Wut auf beiden Seiten. Auf israelischer Seite gibt es die Forderung, daß die jüdische Bevölkerung mit Schußwaffen ausgerüstet werden soll; und auf palästinensischer Seite gibt es die Angst, nach Westjerusalem zu gehen oder die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Es gibt viel mehr Angst und Spannung als vorher.

Frage: Läßt sich denn sagen, jetzt meinetwegen im Vergleich zu vor einem Jahr oder vor zwei Jahren, daß die Intifada weiter in das 48er Gebiet vordringt?
Antwort: Ja und nein, also es stimmt und es stimmt zugleich nicht. Es stimmt insofern, als Ereignisse wie das Massaker von Rishon LeZion (im Mai dieses Jahres - Anm.) oder an der Al-Aqsa-Moschee die Identifizierung der palästinensischen Bevölkerung in Israel mit der Intifada, mit der Bevölkerung in der Westbank und im Gaza-Streifen erhöhen, und daß es dann punktuell auch immer zu sehr militanter Solidarität kommt. Es stimmt auch insofern, daß die Angst und Unsicherheit auch die Palästinenser innerhalb Israels betrifft; also die Wut der jüdischen Bevölkerung betrifft Palästinenser als solche und damit auch die Palästinenser, die israelische Staatsbürger sind. Das heißt, sie haben auch Angst, angegriffen zu werden, verprügelt zu werden, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, obwohl die israelische Regierung immer wieder betont, daß es nicht ihnen gilt, daß sie alles tun wird, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen, ihren Arbeitsplatz zu sichern. Es hat schon einige Entlassungen gegeben, wo dann die Behörden eingeschritten sind und versucht haben, das rückgängig zu machen. Aber insgesamt fühlt die palästinensische Bevölkerung in Israel auch, daß die Entwicklung ebenso ihnen gilt.
Es stimmt nicht, daß die Intifada in das 48er Gebiet übergreift, insofern, daß diese Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen in Solidarität mit der Intifada immer punktuell bleiben und an Ereignisse wie die Massaker oder besonders repressives Vorgehen der Behörden in der Westbank und im Gaza-Streifen gebunden bleiben, also, daß es keinen dauernden Protest gibt.
Es stimmt auch nicht insofern, daß es bis jetzt keine palästinensische Massenorganisation gibt, die zu einer aktiven Teilnahme an der Intifada aufruft.

Im Gegenteil, die KP als größte palästinensische partei sucht weiterhin betont ihren Charakter als israelische staatstragende Partei und sie verurteilt auch die physischen Attacken auf die jüdische Bevölkerung, diese Messerübergriffe, und definiert einen Teil der militärischen Aktionen von außen als Terrorismus, konform mit der offiziellen Definition. Das gilt jetzt in jüngster Vergangenheit für den Vorfall an der ägyptischen Grenze. Also, es gibt bis jetzt außer den kleinen Organisationen wie Abna-al-Balad keine starke politische Organisation, die zu einer Teilnahme an der Intifada aufruft.

Frage: Was hat sich für die Menschen in der Westbank nach dem Massaker geändert?
Antwort: Was sich geändert hat auf der untersten Ebene, auf der Gefühlsebene, ist ein verstärktes Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber der Besatzungsmacht, was in der Forderung nach internationalem Schutz der Bevölkerung seinen Ausdruck findet. Aber auch Wut und Verzweiflung, die immer wieder zu diesen physischen Übergriffen auf die jüdische Bevölkerung führen. Auch ein gewisses Maß an Hoffnung, jetzt verbunden mit dem Golfkonflikt, da es der palästinensischen Führung gelungen ist, den israelisch-palästinensischen Konflikt mit dem Golfkonflikt zu verbinden, so daß jetzt die Bevölkerung doch auch ziemlich viel Hoffnung in den Fortschritt, in irgendwie eine Aufweichung oder in Druck auf die israelische Regierung im Rahmen einer Lösung des Golfkonflikts setzt.
Auf der Ebene der politischen Organisationen gibt es Einigkeit bezüglich der Forderung nach internationalem Schutz der Bevölkerung durch die Vereinten Nationen und der Notwendigkeit der Kopplung des Golfkonflikts mit dem israelisch--palästinensischen Konflikt auf diplomatischer Ebene. Größere Differenzen gibt es momentan zwischen den politischen organisationen vor allem bezüglich der militärischen Aktionen von außen und der physischen Angriffe auf die jüdische Bevölkerung.
Die Rechte tendiert dazu, gerade diese Messerattacken aus politischer Taktik abzulehnen, weil sie es so sieht, daß sie einer Lösung des Konflikts eher hinderlich sind. Und sie setzt im weiteren alles auf die diplomatische Karte.
Die Linke vertritt die Position, daß die israelische Regierung eben nur durch die Erhöhung der Kosten der Besatzung zum Kompromiß gezwungen werden kann. und daß die Erhöhung der Kosten nur durch die Eskalation der Intifada erreicht werden kann. Momentan werden als Mittel der Eskalation diskutiert die Integration dieser physischen Angriffe auf die israelische Bevölkerung in das taktische Repertoire der nationalen Bewegung, das heißt, daß die Aktivisten auch geschult werden, sich selbst zu schützen, die Opfer gezielt auszuwählen usw., und zweitens die Intensivierung der Konfrontationen in der Westbank und im Gaza-Streifen. Es stehen jetzt eine Menge von Jahrestagen und Jubiläen an. Es war jetzt gerade der Unabhängigkeitstag, der 15. November. Es gibt dann den dritten Jahrestag der Intifada am 9. Dezember, dann gibt es den 11. Dezember, den Gründungstag der PFLP, dann gibt es den Gründungstag der PLO. Also, es wird praktisch im nächsten Monat eine Dauermobilisierung geben.
Und die Linken und auch die Aktivisten an der Basis der Intifada vertreten eben auch sehr stark die Forderung nach einer Unterstützung des Volksaufstands durch bewaffnete Aktionen von außen, wie sie jetzt kürzlich im Libanon stattgefunden haben.

Palästina-Arbeitsgruppe im JuZI
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Kundgebung für das Bleiberecht der Roma und Abschiebestop

Donnerstag, 3.1. 1991 18.00 Uhr Holzmarkt Tübingen



Seit dem 24.12.1990 suchen über 200 Roma - Männer, Frauen und Kinder - Zuflucht in der Tübinger Stiftskirche. Sie haben sich zu diesem Schritt entschlossen, um der ihnen bereits angedrohten Abschiebung in ihre Herkunftsländer zu entgehen.

Fluchtgründe der Roma

Sie sind gerade aus den Krisengebieten Jugoslawiens und Rumäniens sowie aus Bulgarien und der Tschecheslowakei geflohen, weil sie dort als ethnische Minderheit extrem unterdrückt, diskriminiert und verfolgt werden. D.h., jeglicher Rechtssicherheit beraubt, sind sie rassistischen Gewalttaten aus der Bevölkerung und polizeilicher bzw. behördlicher Willkür schutzlos ausgeliefert. Der rassistische Haß der Bevölkerung, der sich in täglichen gewalttätigen übergriffen, Vergewaltigungen und Folter äußert, stellt eine ständige Bedrohung für die Roma dar. Dieser Pogromstimmung wird von Seiten der staatlichen Behörden nichts entgegengesetzt. Stattdessen sind Polizei und Behörden massiv an der Verfolgung der Roma beteiligt. Für Frauen und Mädchen bedeutet die Abschiebung zusätzlich, wieder sexueller Gewalt und Vergewaltigung ausgesetzt zu sein.

Cinti und Roma: eine Geschichte der Vertreibung

Die Verfolgung und Vertreibung von Cinti und Roma hat eine jahrhundertealte Geschichte und fand im Nazideutschland in der organisierten Form des Völkermordes ihren vorläufigen Höhepunkt. Sie wurden zwangsumgesiedelt und in Lager deportiert, über 600.000 Roma und Cinti wurden von den Nazis vernichtet, Frauen und Mädchen wurden zwangssterilisiert. Sie waren in besonderem Maße medizinischer Folter ausgesetzt.

Kontinuität der Verfolgung

Heute wird ihre Diskriminierung und Verfolgung auch in der BRD fortgesetzt, und zwar mit Hilfe von Akten und Registern, die von den Nazis zur Erfassung der Roma und Cinti erstellt wurden. Nach wie vor haben Roma kein Bleiberecht, unterliegen oft dem Arbeitsverbot, werden beschimpft, kriminalisiert und abgeschoben. Diese leidvolle Erfahrung darf sich für die Roma in der Stiftskirche nicht wiederholen.

Hilfe...

Die UnterstützerInnen aus Tübingen und Reutlingen: Antifa, feministische und autonome Gruppen, ImmigrantInnengruppe Reutlingen, haben in den ersten Tagen die Versorgung der Roma gewährleistet so gut es ihnen möglich war. Konkret bedeutet dies: Verpflegung, zusätzliche Räume für Schwangere und Kinder, genauso wie die Beschaffung von Windeln, Babyflaschen und die Organisierung einer ärztlichen Betreuung. Ohne diesen Einsatz wäre die Versorgung am Anfang wahrscheinlich zusammengebrochen. Erfreulich ist die Solidarisierung der Tübinger Bevölkerung mit den Forderungen der Roma und ihre Unterstützung in Form von Sach- und Geldspenden. Trotzdem ist die Grenze der physischen und psychischen Belastung der Roma erreicht.

und Verweigerung

Während die Stiftskirche noch wenigstens eine Grundversorgung der Zufluchtsuchendenden gewährleistete, haben die offiziellen Stellen von Stadt, Kreis und Land jegliche Unterstützung für die Roma verweigert und blockiert. Am Dienstag, den 1.1.91 wurde den Roma jedoch mitgeteilt:
"Der Stiftskirchengemeinderat fordert die Roma-Gruppe auf, ihre Aktion in der Stiftskirche bis Donnerstag, den 3. Januar 1991, um 18 Uhr zu beenden". Das erschwert den Kampf der Roma für Abschiebestop und Bleiberecht.

Solidarität mit den Roma: Bleiberecht & Abschiebestop

Unsere Unterstützung der Aktion der Roma ist Teil unseres Widerstandes gegen die praktizierte AusländerInnen- und Asylpolitik und gegen jene, die für Krieg, Verfolgung und Hunger in der Ländern der sog. "3. Welt" verantwortlich sind. Die Aktion der Roma macht öffentlich, wie tagtäglich deutsche Behörden rassistische Politik vollstrecken. Auch wird klar, daß es notwendig und möglich ist, sich dieser rassistichen Politik aktiv zu widersetzen.

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Roma nach Abschiebestop und Bleiberecht. Wir müssen den politischen Druck auf das Innenministerium in Baden-Würtemberg und die für die herrschende Asyl- und AusländerInnenpolitik verantwortlichen Stellen verstärken. Ein erster Schritt dazu ist unsere

gemeinsame Kundgebung am Donnerstag.

Wir rufen zur Solidarität auf und fordern mit den Roma:

SOFORTIGER ABSCHIEBESTOP
GARANTIERTES BLEIBERECHT
ANERKENNUNG IHRER FLUCHTGRÜNDE
ANERKENNUNG DER FRAUENSPEZIFISCHEN VERFOLGUNG
NACHFORSCHUNGEN ÜBER DAS VERSCHWINDEN ABGESCHOBENER ROMA

Diesen Aufruf unterstützen: UnterstützerInnengruppe der Roma Tü, Nicaraguakomitee Stgt., Buntehilfe Stgt., ökosozialistInnen Tü, Antifa-Komitee Tü, Frauen Antifa Tü, Zentralamerika Komitee Tü, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen Tü/RT, Alternative Liste Stadtratsfraktion, Die Grünen KV und Kreistagsfraktion Tü, VSP-Tü, PDS-Tü, Freundeskreis der Asylsuchenden Flüchtlinge Tü, Antifa-Bündnis RT, Solidaritätsgruppe Nordirland, ImmigrantInnen Gruppe RT/Tü, Frauengruppe Zumutung, Arbeitskreis Ausländische Arbeiter Tü, Kulturschock Zelle RT.

BLEIBERECHT FÜR ROMA UND CINTI !
KEINE ABSCHIEBUNGEN !

Vor nahezu einem Jahr haben Roma mit einem Bettelmarsch von über tausend Menschen zu Fuß durch NRW gegen ihre rassistische Unterdrückung und Verfolgung protestiert. Diese wochenlange Demonstration sollte ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verliehen. Ende Januar 90 brachen die Roma den Marsch ab, nachdem ihnen die Regierung Rau zugesichert hatte, daß alle bleiben könnten, die in einem neuen Aufenthaltsverfahren ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen könnten. Obwohl diese Vereinbarung bereits an selektive Kriterien und Bedingungen (u.a. Integrationsbereitschaft, längerer Aufenthalt) gebunden war, schien sie doch den Roma ein Bleiberecht zu sichern.
Mit dem Kabinettsbeschluß vom 4.12.90 hat die Regierung Rau die Vereinbarung endgültig gekippt und jede Hoffnung auf ein Bleiberecht, zumindest für einen kleinen Teil der hierher geflüchteten Roma, zunichte gemacht. Der Skandal eines als "neue Flüchtlingspolitik" etikettierten Deportationsprogramms ist nicht der "Wortbruch" eines Ministers. Die jetzt unmittelbar bevorstehende Abschiebung der Roma, die am Bettelmarsch teilgenommen haben, ist nur Teil eines umfassenden Programms, das darauf aus ist, NRW (und später auch die gesamte BRD) "zigeunerfrei" zu machen. Das Abschiebeprogramm, dem nach Ablauf der Asylverfahren nach und nach alle 5000 Roma aus NRW unterworfen werden sollen, wird flankiert von einer sozialpolitischen Offensive, mit der die Roma rausgeekelt werden sollen.

Die "neue Flüchtlingspolitik" der SPD-Landesregierung ist die administrative Umsetzung und Verallgemeinerung einer gezielt rassistischen Politik im letzten Jahr, die die nationalistischen Stimmungen in Großdeutschland gegen die aus Osteuropa geflohenen Roma bündelt und sozialpolitische Ausgrenzung und Druck gegen sie durchsetzt.
Im Sommer waren es die Sozialverwaltungen der Städte, die aktiv als "kämpfende Verwaltung" das Instrumentarium zur Vertreibung der Roma erprobten. Streichung von Sozialhilfe, Zelt- und Containerlager, Naturalienzuweisung waren die Mittel, mit denen die "Zigeunerfrage" sozialtechnisch inszeniert wurde und den Boden bereitete, mit der verhetzte Bürger und bezahlte Schlägertrupps gegen die Roma mobilisiert wurden. In diesen Wochen und Monaten zeigte das sich wiedervereinigende Deutschland seine rassistische Fratze.

Was zunächst als Einzelmaßnahme exekutiert wurde, faßte das Ministerium für Arbeit-,Gesundheit- und Sozialordnung (MAGS) und die Staatskanzlei auf Betreiben der flüchtlingsfeindlichen Forderungen kommunaler Verwaltungsspitzen in einem Katalog repressiver Sozialmaßnahmen zusammen, mit denen das Leben der Roma und der Flüchtlinge insgesamt unerträglich gemacht wird. Beide Institutionen fungieren in diesem Prozeß als die Planungszentren einer endgültigen Bereinigung der "Zigeunerfrage" in NRW. Sie be-



GRENZEN AUF !

stimmen und geben die Systematik vor, mit der die Sozialverwaltungen und Ausländerbehörden den politischen Druck umsetzen, um die Vertreibung der Roma durchzusetzen.
Während das MAGS die Speerspitze der sozialpolitischen Abschreckung darstellt, wurde im Kabinett und in der Staatskanzlei das "Rückführungsprojekt" nach Jugoslawien ausgeheckt. Wieder einmal tut sich die SPD mit einer verschärften Abschottungspolitik hervor und übernimmt eine Vorreiterrolle. Erinnert sei hier an die sozialdemokratischen Bemühungen von 1987, das "Berliner Loch" durch einen Kreditvertrag mit der DDR zu stopfen. Und auch diesmal ist es als Kernpunkt wieder ein Kreditvertrag, heute mit der jugoslawischen Regierung, der Massendeportation von mehreren tausend Roma nach Skopje möglich machen soll. Zwar wird das "Reintegrationsprogramm" mit Millionenbeträgen flankiert, die jedoch in einem ökonomischen Nutzenkalkül mit den hier entstehenden Kosten aufgerechnet werden und die darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Roma gegen ihren Willen in die gleiche Not- und Verfolgungssituation zurückgebracht werden, aus der sie geflohen sind. Es bedeutet einen grenzenlosen Zynismus, die Roma in ein Land zu schicken, das sich in einem unübersehbaren Auflösungsprozeß befindet und in dem die Verfolgung von ethnischen Minderheiten sich in rassistischen Progromen und staatlich betriebenenoder geduldeten Zwangsmaßnahmen entlädt.
Als Kern des "Rückführungsprogramms" bleibt der brutale Wille, sich der Flüchtlinge, die vor Armut und Verfolgung geflohen sind, zu entledigen und die Verarmungsprozesse in Osteuropa hier in den reichen Metropolen unsichtbar zu machen. Der Staat weiß sich mit einem Großteil der Metropolenbevölkerung in Übereinstimmung, den Wohlstand - zusammengeraubt durch die Ausbeutung überall in der Welt - gegen die heranrückenden Armen zu sichern.

Das sich neu formierende Westeuropa hat in den letzten Jahren das Abschottungsinstrumentarium entwickelt und vervollkommnet, um sich von den Flüchtlingsbewegungen aus dem Trikont in die imperialistischen Metropolen abzukoppeln. Durch die Zerrüttung der osteuropäischen Ökonomien, denen der imperialistische Zugriff und die Einführung der kapitalistischen Marktökonomie den Todesstoß versetzt hat, wird Westeuropa mit einer neu entstehenden Armutsbevölkerung konfrontiert. Die politischen Planungsstrategen der westeuropäischen Metropolen arbeiten fieberhaft an Konzepten, die Verarmungsprozesse im Zuge der imperialistischen Durchdringung Osteuropas nicht in den Metropolen sichtbar werden zu lassen. Zwei Strategien lassen sich heute ausmachen:
die Grenzen zwischen Arm und Reich werden dichtgemacht. So wie italienisches Militär die Masseneinwanderung aus Nordafrika verhindern soll, läßt die österreichische Regierung die Grenzen zu Osteuropa militärisch sichern, sperren die CSFR und Polen ihre Grenzen nach Osten, nachdem sie sie dem Westen geöffnet haben.

Gleichzeitig dient die Stabilisierung der Ost- und Südosteuropäischen Reformstaaten im Zuge einer neukonzipierten europäischen Großraumpolitik sowohl der hierarchischen und selektiven Zurichtung, Vernutzung und Ausbeutung als auch der Schaffung eines politischen und ökonomischen Schutzwalls gegen die unkontrollierte Migrationsbewegung, mit der die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebensmöglichkeiten in Westeuropa sucht.

Dabei stehen die Roma als der absolut unverwertbare "Bettel der Straße" im Zentrum der Angriffe, zumal sie ihr Lebensrecht hier nicht als Bittsteller vortragen, sondern offensiv einklagen und einfordern. Gleichzeitig ist es ihr mittlerweile über zehnjähriger zäher Kampf, der die Herrschenden mit einer sich formierenden Flüchtlingsgruppe konfrontiert. In vielen provokativen Aktionen und politischer Praxis haben die Roma an Kampferfahrung gewonnen, der Bedeutung und Gewicht für alle Flüchtlinge in der BRD zukommt, und gerade dies ist es, was die Herrschenden nun zur raschen und endgültigen Zerschlagung des Romawiderstandes treibt.
Schon jetzt haben hunderte von Romafamilien auf Grund der sozialpolitischen Angriffe das Land verlassen, teils haben sie sich "freiwillig" abschieben lassen oder sind untergetaucht.
Inzwischen hat sich das Ausmaß der rassistischen Verfolgung und Drangsalierung der Roma in NRW derart zugespitzt, daß in den kommenden Wochen mit dem Beginn von Massenabschiebungen gerechnet werden muß. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen formiert sich.

Wir haben heute am Sitz der Düsseldorfer Staatskanzlei und des Arbeits- und Sozialministeriums einen Sprengsatz gezündet. Wir begreifen diese Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma als Unterstützung eines Kampfes gegen die anstehenden Massendeportationen. Wir verstehen diese Aktion als einen Beitrag, die Verantwortlichen zu treffen und als Aufforderung auf allen Ebenen den politischen Druck zu schaffen und praktische Widerstandsformen zu entwickeln, die das Vertreibungsprogramm blockieren und verunmöglichen. Die Massendeportationen müssen verhindert werden.

Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß der Rassismus eine wesentliche Säule imperialistischer Herrschaft ist. Eine Linke, die Ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durchbrechen will, muß in einer umfassenden antirassistischen Mobilisierung den Widerstand von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aufgreifen und unterstützen. Nur so ist es möglich, einen politischen Gegenpol gegen die Politik der Herrschenden zu bilden, die sich endgültig von der blutigen Geschichte Deutschlands abkoppeln.

Die Verankerung antirassistischer Initiativen ist eine Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen das imperialistische Großdeutschland.

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod !



Revolutionäre Zellen Jan. 91

VOLXSPORT

NACH DEN RÄUMUNGEN DER
BESETZTEN HÄUSER IN
3 FRIEDRICHSHAIN AM 3.1. HAB
WIR IN DERSELBEN NACHT ALS
REAKTION DARAUF EIN FAHRZEUG D
WILLE KG IN DER WILLIBALD-ALEXIS
STR. IN KREUZBERG IN BRAND GESTE
DIE WILLE KG PROFITIERT ALS TEIL DER
BERLINER BAUMAFIA VON DEN RÄUMUNGEN
BESETZTEN HÄUSER (MAINZER STR) NACH DE
NEUEN BERLINER LINIE" FORDERN WIR DIE
"WILLE KG UND DIE ANDEREN BAUFIRMEN A

DIE EHEMALS BESETZTEN HÄUSER ZU V
LASSEN, DENN SONST GREIFEN WIR ZU
WEITEREN MAßNAHMEN. WIR GRÜßEN DIE
AUTONOME BASTELGRUPPE", DIE BEI BNB E
GESTIEGEN IST UND DORT EINE FEUERBE
STATTUNG VORGENOMMEN HAT.
SIE HABEN UNS ZUM HANDELN
MOTIVIERT!!
ZUSAMMEN KÄMPFEN!
ANFÄNGERKURS EINER
WEITEREN AUTONOMEN
BASTELGRUPPE

WELT 29.12. TITELSEITE

Autonome trommeln über ihre Infoläden zur Gewalt

Europaweites Netz / Ausbreitung auch in neue Länder

MARKUS LESCH, **Bonn**

Die Autonomen und Anarchisten in Deutschland verfügen heute über ein bundesweites Informationssystem von mehr als 50 sogenannten Infoläden. Diese dienen als Kommunikationszentren der Szene örtlich wie überregional, als Anlaufstelle, Kontaktadresse und Sprachrohr. Auch „hinsichtlich der neuen Bundesländer ist anzunehmen", erfuhr die WELT vom Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz, „daß überall dort, wo sich autonome Gruppen gebildet haben, Infoläden als Kommunikationszentren schon existieren oder entstehen."

Diese Kommunikationszentren der Autonomen müssen nicht immer Infoläden heißen. Für die Hafenstraße in Hamburg hat der „Schwarzmarkt", für die Kreuzberger Szene in Berlin der „Mehringhof" zentrale Kommunikationsfunktion.

Innerhalb eines Infoladens ist das Telefon „Meldekopf für die Nachrichtenübermittlung in die örtlichen Telefonketten" und dient der Nachrichtenübermittlung zu anderen autonomen Szenen. Die Infoläden dienen dementsprechend der Koordination für „Demonstrationen und Anlässe, die in Gewalt ausarten" können, erklärt das Kolner Bundesamt. Der Informationsaustausch über die Infoläden läuft regelmäßig, sie sind täglich mindestens zwei Stunden geöffnet, selbst wenn keine besonderen Anlässe bevorstehen.

Ihre Räumlichkeiten werden nicht nur von autonomen Gruppen, sondern nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes teilweise auch von „Personen des terroristischen Umfeldes zu Gruppenzusammenkünften" genutzt. Die Infoläden dienen ferner der Verbreitung anarchistischen Schriftgutes, manche verfügen über einen Bücherladen und ein Pressearchiv.

Eine Hierarchie im Sinne einer straffen Organisation gibt es in den Läden nicht, auch keine Leiter mit Weisungsbefugnissen. Allerdings nehmen „bestimmte Personen aus der Szene" unentgeldlich eine Funktion wahr, die vor allem in ständiger Präsenz liegt, vergleichbar einer Art Resident. Entscheidungen fällen die Beteiligten nach dem Konsensprinzip.

Die Informationen über die Vorhaben der Autonomen und Anarchisten werden oft in Szenezeitschriften und Flugblättern publiziert, besonders dann, wenn zu überregionalen Demonstrationen aufgerufen wird. Bei den gewalttätigen Demonstrationen auf der Mainzer Straße im vergangenen Oktober in Berlin war ein bedeutender Teil der Festgenommenen „über die Infoläden zusammengetrommelte Autonome."

Darüberhinaus muß der Verfassungsschutz „im Einzelfall verdeckt ermitteln", da etwa Absprachen über Brand- oder Sprengstoffanschläge nur im „kleinsten Kreis von drei bis vier Personen getroffen" werden.

Bei größeren Anlässen mobilisieren die Autonomen inzwischen international, weswegen auch die Sicherheitsbehörden hier auf internationaler Ebene zusammenarbeiten müssen. In den vergangenen drei Jahren sind auch im westlichen Ausland Infoläden eingerichtet worden, die mit der deutschen Infoladenkette im Informationsaustausch stehen.

Neben den Niederlanden mit Amsterdam und Groningen sind Infoläden bisher in Norwegen (Oslo), Dänemark (Kopenhagen), Schweden (Stockholm), Schweiz (Zürich) und Österreich (Wien) erkannt worden. Autonome aus verschiedenen westeuropäischen Ländern beteiligten sich nach Angaben des Kölner Amtes an „internationalen Infoladen-Treffen", die sowohl in Deutschland als auch im benachbarten Ausland abgehalten wurden.

Hallo Leute,
haben bei ner Auseinandersetzung hier, bei nem Fascho das Papier gefunden. Der Typ hatte sonst nur den üblichen Kleinkram dabei (Adressen u.a.), die wir zielgerichtet gegen die Typen einsetzen werden.
Nach eingehender Befragung erklärte der Fascho, daß das Treffen der Nazis in Berlin recht wichtig für sie wäre, und daß sie bundesweit mobilisieren würden. Busse wäre die treibende Kraft und würde alles organisieren.

revolutionäre Grüße von Antifas aus Dortmund

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei



An die
Mitglieder und Freunde
der
Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)

6. Dezember 1990

Der Bundesvorstand
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 12 01 29
4200 Oberhausen 12

EINLADUNG
zum
AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG DER FAP
am Sonnabend, dem 19. Januar 1991

Liebe Parteigenossinnen und Parteigenossen, liebe Freunde der FAP.

Hiermit laden wir alle Mitglieder und Freunde unserer Partei zum
AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG DER FAP
am Sonnabend, dem 19.Januar 1991, recht herzlich ein.

Unser Parteitag findet erstmals in Mitteldeutschland statt.

Aus Gründen der Sicherheit wird der eigentliche Versammlungsort erst am Treffpunkt bekanntgegeben. Wir bitten daher alle Parteitagsteilnehmer, sich pünktlich, in der Zeit von 12.oo bis 13.oo Uhr, an folgende Raststätten in Richtung Berlin einzufinden:

Autobahnraststätte AVUS
Autobahnraststätte GRUNEWALD
Autobahnraststätte DREILINDEN

Diese Treffpunkte sind in der o.a. Zeit mit unseren Posten besetzt und werden die Teilnehmer weiterleiten. Sollte sich ein Teilnehmer unverschuldet verspäten, kann er, zwecks weiterer Auskunft, die Telefon-Nr. 05507-7137 anrufen. Teilnehmer, die mit der Bahn anreisen, melden sich spätestens bis zum 5. Januar 1991, bei der Bundesgeschäftsstelle. Sie bekommen dann den genauen Treffpunkt mitgeteilt.

Auf diesem Parteitag sollen die Satzung ergänzt und das Parteiprogramm der FAP verabschiedet werden.

Anträge dazu müssen bis spätestens am Sonnabend, dem 5. Januar 1991, der Bundesgeschäftsstelle vorliegen. Spätere Eingänge können lt. Satzung nicht mehr berücksichtigt werden.

Alle Mitglieder sind aufgefordert, am Bundesparteitag teilzunehmen.
Freunde und Anhänger der FAP sind herzlich willkommen.

Wir hoffen, recht viele Teilnehmer begrüßen zu können.

ALLES FÜR DEUTSCHLAND!



Friedhelm Busse
Bundesvorsitzender

Siegfried Borchardt
stellv. Bundesvorsitzender

Anlage: Tagesordnung des außerordentlichen Bundesparteitages.



Was bringt das neue Jahr? Glück oder Enttäuschung?

ASTRO

Mit Elan ins neue Jahr

Widder
21. März bis 20. April

1991 wird alles anders. Frieden kehrt ein in die Herzen, krisengeschüttelte Gemeinschaften einigen sich zu festem Zusammenhalt durch vereinte Unternehmungen. Schon Anfang Januar schickt Mars Vorboten - und verboten ist eigentlich nichts!

ihr solltet handeln

Stier
21. April bis 20. Mai

In der Arena fürs Glück der Stiere gibts zu Jahresbeginn Winterflaute. KeineR schwenkt rote Begeisterungsfähnchen. Umso verwunderlicher, wie eilig ihrs plötzlich Anfang März habt, um mit Hochgenuß den Freuden der Welt zu frönen. Und es wird genüßlich!

Nutzt Die Chancen

Zwillinge
21. Mai bis 21. Juni

Vorsicht ist von Juni bis Oktober geboten, wenn ihr eu ch aus unerfindlichen Gründen eingeengt fühlt und aus dem schönen Feuerwerk eine explosive Sprengladung machen wollt! Laßt euch nicht entmutigen, wenn unmittelbare Ergebnisse auf sich warten lassen. Die Sache reift im Verborgenen!
Alle Belange, Grund und Boden betreffend, sind ausgesprochen begünstigt.

Ihr wollt was erleben

Wassermann
21. Januar bis 19. Februar

Im Oktober bringt ein gemeinsames Aktionsprogramm die Erfüllung, die euch noch für lange Zeit in absolut realistischen Freuden schwelgen läßt. Ein heißer Tip: Sprühdosen! Abgesehen davon, daß sie die Abwehrkräfte stärken, schmerzlindernd wirken und sich als Arznei gegen Ohrensausen und Schwindelgefühl bewährt haben, verwandeln sie Niedergeschlagenheit auf wundersame Weise in Hochgefühl.

Ihr kommt in Form

Steinbock
22. Dezember bis 20. Januar

Merkur, geschickter Taktiker und in eurem Fall Verfechter der Taktik der kleinen Schritte, wird euch mit genügend Energie ausrüsten, auch weitgesteckte Ziele zu erreichen. Pluto unterstützt eure Aktivitäten und verleiht euch eine enorme Leistungs- und Durchsetzungskraft.

Lasst die Kasse klingeln

Schütze
23. November bis 21. Dezember

Euer Glücksmonat dürfte der Juli sein: Traumreise ins Prinzenbad, Einkaufsschnäppchen, ein Hauch von Luxus... Vorsicht vor Kaufhausdetektiven!
Die Monate September/Oktober könnten euch durch Arbeitsüberlastung und Streß am meisten zu schaffen machen. Unser Tip: Belegt doch einmal einen Kursus für autonomes Training, als ganz natürliches Antistreßrezept gegen Unruhe, Nervosität und die oftmals damit verbundenen lästigen Kopfschmerzen!

FÜR IHRE FREUNDLICHE UNTERSTÜTZUNG DANKEN WIR DEN ILLUSTRIERTEN "PETRA", "BUN

EXTRA '91

Sieg oder Niederlage? Gewinn oder Verlust?



Gelassenheit ist Trumpf

Löwe
23. Juli bis
23. August

Aus Mangel an Toleranz und Verständnisbereitschaft kommt es immer wieder zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Im Juni und September mahnen kritische Aspekte zur Vorsicht. In dieser Zeit neigt ihr zu leichtsinnigen Ansichten und solltet daher keine impulsiven Entscheidungen treffen.

Lasst es euch gut gehen

Krebs
22. Juni bis
22. Juli

Legt das Hauptaugenmerk zur Stabilisierung eures Wohlbefindens auf ein ausgeglichenes Innenleben. Krankfeiern ist die beste Möglichkeit, euch nicht über Gebühr zu verausgaben.

Nutzt die Gunst der Stunde

Jungfrau
24. August bis
23. September

Zeit des Aufbruchs und des Umbruchs. Ihr zeigt euch aufgeschlossen und entschlossen wie selten zuvor. Doch raten die Sterne zu einer klugen Terminierung: die Einberufung naht!

Hände weg von der Kreditkarte

Waage
24. September bis
23. Oktober

Revolution!
Es werden Klingen gekreuzt, daß die Fetzen fliegen. Mit Gewalt soll den andern die allein seligmachende Gesinnung einverleibt werden. Jupiter findet, daß der ganze Aufruhr die Sache nicht wert ist, stiftet Frieden und zeigt darüber hinaus einen goldenen Mittelweg auf, der sozialpartnerschaftlichem Zusammenleben eine neue Richtung gibt. Es eröffnen sich plötzlich Perspektiven, von deren Existenz ihr bis dato gar nichts ahntet.

Mit Verstand geht alles besser

Skorpion
24. Oktober bis
22. November

Ein zu Jahresbeginn gefaßter Plan wird spätestens im Mai schöne Wirklichkeit und verspricht Aufstieg im Szeneadel. Tanzt nicht allzusehr aus der Reihe. In Gesellschaft gilt eine zurückhaltende Farbe in der Garderobe für unerläßlich.

Neue Wege gehen

Fische
20. Februar bis
20. März

Positive Einflüsse des Jahresplaneten Merkur kommen eurem gesundheitlichem Gesamtbefinden zugute. Ihr verfügt über ausgezeichnete und ausgesprochen zähe Widerstandskräfte. Erhaltet sie euch durch regelmäßige Spaziergänge und leichte Gymnastik. Zu Jahresbeginn könnte durch leichte Beschwerden im Kopfbereich ein gewisses Unwohlsein hervorgerufen werden.

NTE", "BILDUNDFUNK" U.V.A., OHNE DIE DIESES HOROSKOP NIE ENTSTANDEN WÄRE.

ZUR SITUATION IM STARTBAHNVERFAHREN

wir haben uns entschieden, die initiative einzelner zeugen, mittels aussagen in den prozeß einzugreifen, zu unterstützen.

viel zu lange wurde hilflos und ohnmächtig zugesehen, wie eine unerbittliche und skrupellose maschinerie ein sogenanntes "indiz" an das andere reiht, damit ein angebliches "gewolltes zusammenwirken" (baw) beider angeklagter in bezug auf die schüsse am 2.11.87 juristisch zementiert wird. den stoff hierfür hat das eiskalte, von taktisch-juristischem kalkül bestimmte vorgehen andreas eichlers geliefert. wir wollen an dieser stelle nicht auf die einzelnen aussagen und belastungen eingehen, nur soviel: wir wissen, daß frank hoffmann mit den schüssen am 2.11.87 nichts zu tun hat!
wir sagen es ganz klar: andreas eichler lügt und belastet damit wissentlich frank hoffmann, um seinen kopf zu retten. wie kann er allen ernstes glauben, daß dazu geschwiegen wird? wie kann er annehmen, daß es tatenlos hingenommen wird, daß dadurch ein freund und genosse für etwas lebenslänglich verurteilt wird, was er nicht getan hat?
es geht nicht darum, einen verräter anzuprangern. der begriff "verrat" ist in diesem fall falsch. es geht darum, eine denunziatorische lüge zu entlarven; darum, endgültig einen schlußstrich zu ziehen zu einer person, die sich von anfang an auf die andere seite gestellt hat, die sich zum willfährigen instrument von baw und staatsschutz hat machen lassen, die durch ihre belastungen einen von uns - nämlich ingo - zur flucht und ins exil getrieben hat (wir wollen, daß er wieder zurückkommen kann... viele liebe grüße!!!), und die jetzt, bis zuletzt, gewissenlos mit dem leben eines anderen kalkuliert.
unsere entscheidung, die zeugen politisch zu unterstützen, ist in einem widersprüchlichen diskussionsprozeß gefallen.
ein ausschlaggebendes kriterium ist die unerträgliche situation, in der sich frank durch die falschen belastungen befindet.
dagegen hat andreas eichler unser mitgefühl und unsere solidarität nicht mehr verdient, weil er sich durch sein verhalten außerhalb unserer politischen moral gestellt hat. aufforderungen, sein verhalten zu ändern, hat es in der vergangenheit mehrmals gegeben - allerdings ohne erfolg.
wir wissen nicht, ob die initiative der zeugen den erhofften erfolg haben kann, nämlich, daß frank nicht für die schüsse verurteilt wird. aber auch wir finden es richtig und notwendig, daß es wenigstens versucht wird.

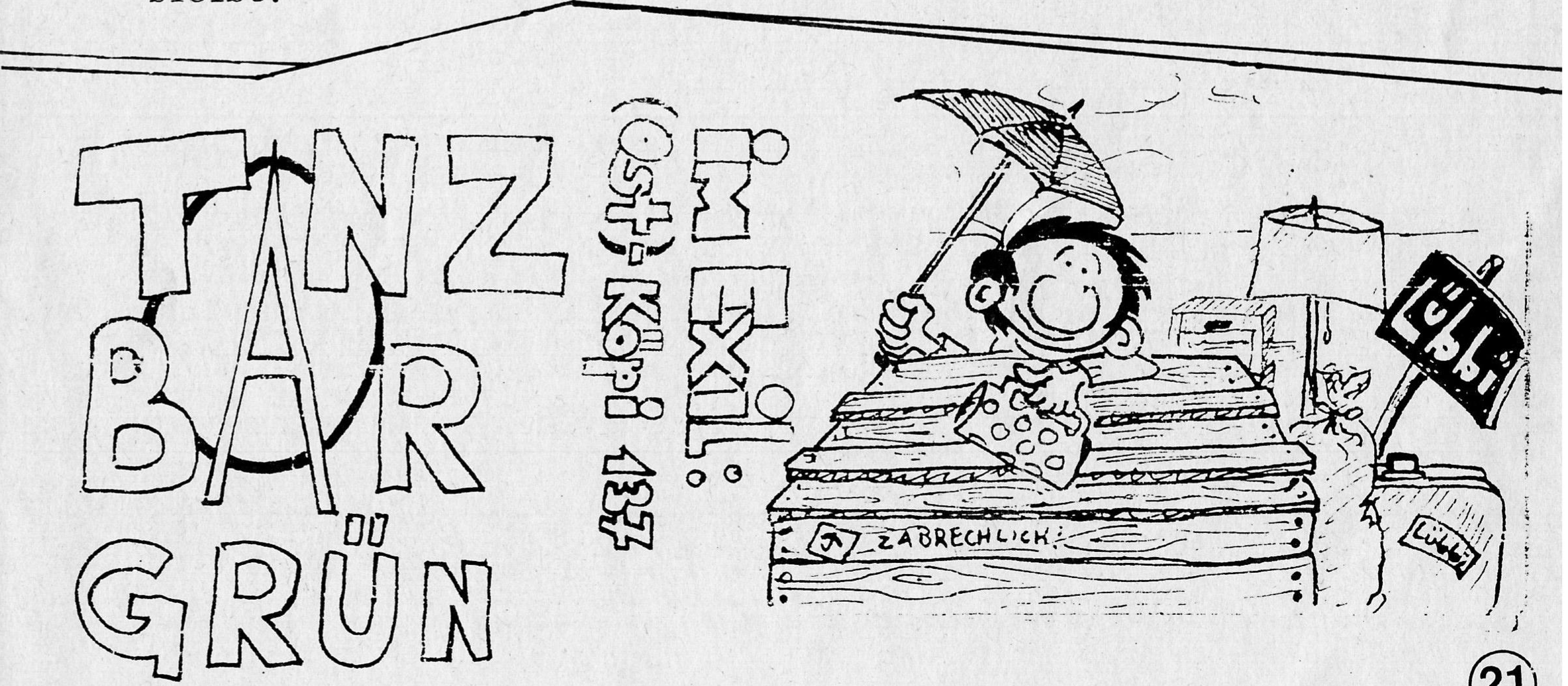
es liegt einzig und allein in der verantwortung eichlers, daß entlastungen für frank zu indirekten belastungen gegen ihn selbst gemacht werden können. eichler selbst hat durch seine bleibenden, belastenden lügen diese logik aufgebaut.
auch wir haben mal gesagt, daß es belastungen bzw entlastungen, die andere (indirekt) belasten, nicht geben soll. dazu stehen wir immer noch, wie auch zu der gesamten aussageverweigerungskampagne, die von uns mitgetragen wurde.
in diesem einen konkreten fall (schüsse am 2.11.87) sehen wir jedoch, daß dieser grundsatz gebrochen werden muß. auch wir sehen keine andere möglichkeit, als daß sich welche auf ihr terrain begeben müssen, um zu versuchen, das beste herauszuholen.
mit der unterstützung der aussagen riskieren wir unsere politische glaubwürdigkeit und oberflächlich betrachtet mag dies als rückschritt gelten. dennoch sind wir von der notwendigkeit dieses schrittes überzeugt. er wird - so hoffen wir - einmalig bleiben.

unserer einschätzung nach gibt es ein großes politisches interesse, beide angeklagten für den 2.11.87 zu verurteilen. trotzdem (bzw. gerade deswegen) unterstützen wir den versuch, ihnen das so schwer wie möglich zu machen; d.h. sie dazu zu zwingen, sich mit den zeugenaussagen auseinanderzusetzen.
die aussagen haben somit zum ziel, die lügen und konstrukte von andreas eichler einerseits und von baw und staatsschutzsenat andererseits ad absurdum zu führen.
wir unterstellen baw und senat, daß sie längst wissen, daß frank nicht geschossen hat, und dieses ganze juristische mammutspektakel war von anfang an eine perfide form staatstragender heuchelei. es ging zu keinem zeitpunkt um die toten bullen, sondern um die abstruse verschwörungstheorie einer bundesanwaltschaft. jetzt, wo es offensichtlich geworden ist, daß ihnen alle felle wegschwimmen (129a-konstrukt), sollen beide angeklagte für das alles herhalten, was bisher weder bewiesen noch verurteilt werden konnte. frank hat somit eine art geiselstatus, durch den sie sich erhoffen, aussagen aus der szene zu erpressen; mit der drohung lebenslänglich als faustpfand.
die gegenseite spekuliert immer noch auf eine neue welle der aussagebereitschaft, mit der sie weiter den widerstand kriminalisieren und demoralisieren wollen. das darf es nicht geben.

daß mit der initiative der zeugen einzelne einer gefährdung ausgesetzt werden, liegt auf der hand. denn wir werden es nicht verhindern können, wenn - aus einem rachegefühl und aus verzweiflung - neue lügen und belastende falschaussagen von andreas eichler ausgesprochen werden. dieses risiko werden wir alle tragen müssen.
wir begreifen unsere unterstützung der zeugen auch als politische entscheidung. nicht in dem sinne, daß wir meinen, damit politisch viel nach vorne bewegen zu können, sondern weil mit diesem schritt praktische solidarität geübt wird. wir haben versucht, die widersprüchliche situation zu beschreiben. wenn die möglichkeit besteht, mit aussagen in diese situation einzugreifen, dann finden wir es richtig, einen genossen nicht einfach so den händen der klassenjustiz zu überlassen.
ein nichtverhalten würden wir als eine form der entsolidarisierung empfinden.

einige autonome aus rhein-main

p.s.: es wird sicher kritik an den zeugen und an unserer unterstützungserklärung geben. wir hoffen, daß es eine solidarische diskussion bleibt.



Im Verfahren gegen Luitgard Hornstein:

ZWEI ZEUGINNEN SORGEN FÜR WEITERE ENTLASTUNG

Der Verhandlungstag am 27. Dezember 1990 bot einen weiteren und vermutlich den letzten Höhepunkt vor dem Schlußwort Luitgard Hornsteins, der die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag vorgeworfen wird. Zwei Augenzeuginnen berichteten dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart im mit 150 ZuhörerInnen endlich einmal wieder gut besuchten Stammheimer Prozeßbunker, daß sie Andrea Sievering in Düsseldorf an Tagen getroffen hatten, an denen sie nach der bisher geäußerten Auffassung des Gerichts mit letzten Anschlagsvorbereitungen im Bodenseegebiet beschäftigt war.

Rechtskräftigen Urteilen kommt ihr "Hauptindiz" abhanden

Bereits seit dem 8. Mai 1990 verhandelt der 4. OLG–Senat unter dem Vorsitzenden Berroth gegen Luitgard Hornstein. Sie soll an einem Bombenanschlag auf die Daimler–Tochter und Waffenschmiede Dornier in Immenstaad am Bodensee beteiligt gewesen sein, der am 25.7.1986 ein Bürogebäude beschädigte. Ein direkter Tatbeitrag wird ihr nicht vorgeworfen, sondern lediglich die politische und persönliche Nähe zu drei Personen, die wegen dieser Aktion bereits rechtskräftig zu 10 bzw. zweimal 9 Jahren verurteilt wurden. Die Staatsschutzlogik ist einfach: Wenn bzw. weil diese drei Personen, die DüsseldorferInnen Andrea Sievering, Christian Kluth und Rico Prauss an dem Anschlag beteiligt waren, dann auch deren Bekannte und Freundin Luitgard Hornstein. Die schwere Aufgabe der Verteidigung bestand und besteht also darin, rechtskräftige Urteile zu Fall zu bringen. Und in dieser Richtung hat sie etliche Erfolge zu verzeichnen. Vor allem sind die zwei in den bisherigen Urteilen als Hauptindiz gewerteten Schriftgutachten endgültig vom Tisch, wonach Andrea Sievering die drei Briefumschläge adressiert haben sollte, in denen die Bekennerschreiben zu Dornier an Presseorgane verschickt worden waren (vgl. u.a. FR, 10.9.90). Seither fehlt in den rechtskräftigen Urteilen und freilich auch in der laufenden Hauptverhandlung jede Spur vom Anschlagsort, der Bodenseegegend, zu den Verurteilten bzw. zu Luitgard Hornstein. Die Folgen für die Urteile sind weiterhin ungewiß. Die Verteidiger sammeln Argumente für die Wiederaufnahme der Verfahren.

Das Ersatzindiz

Allerdings ließ das Gericht vor einigen Wochen durchblicken, daß es eine in den bisherigen Urteilen nicht berücksichtigte Zeugenaussage um– und zum neuen "Hauptindiz" aufzuwerten gedenke. Die Verteidigung hatte im Verfahren gegen Andrea Sievering und Rico Prauss 1988 eine Zimmervermieterin vom Bodensee geladen, die der ermittelnden Sonderkommission Dornier des Landeskriminalamtes Baden–Württemberg einige Wochen nach dem Anschlag zu Protokoll gegeben hatte, daß sich in ihre Ferienwohnung in den letzten Tagen bis zum Anschlag, nämlich vom 21. bis zum 24.7.86 ein Paar eingemietet und (ausweislich des Kennzeichens) das später zur Bombe umfunktionierte Fahrzeug gefahren hätte. Wider Erwarten der Verteidigung hatte diese Zimmervermieterin als Zeugin während der Hauptverhandlung erklärt, daß Andrea Sievering, die Frau auf der Anklagebank, ihrer Mieterin zum Verwechseln ähnlich sehe. Von nun an, da sie Andrea Sievering tatsächlich gesehen hatte, passte sie ihre Personenbeschreibung an. Z.B. avancierte Andreas Brille, die die Zeugin bei ihrer ersten Vernehmung nicht erwähnt hatte, zu dem "Haupterkennungszeichen". Das "gewellte" Haar wurde zum "krausen" usw. usw. Das damals verhandelnde Gericht, der 5. Strafsenat am OLG Stuttgart, wertete diese Aussage nicht. Erstens seien Zweifel an der Identität von Andrea Sievering und der Mieterin bestehen geblieben und,

zweitens sei Andrea Sievering am 24.7.86, dem Abreisetag des Paares, nachweislich in Düsseldorf und also nicht am Bodensee gewesen.
Bei ihrer jüngsten Vernehmung im Sommer 1990 konnte sich die Zimmervermieterin zwar an eine Menge vorher nicht genannter Details, nicht aber an den genauen Abreisetag ihrer beiden Mieter erinnern. Es könne auch der 23.7. gewesen sein. Diese Gelegenheit ergriff der nach wie vor verurteilungswillige Senat beim Schopf. Er attestierte der Zeugin allerhöchste Glaubwürdigkeit. Andrea Sievering sei, wenn schon nicht bis zum 24., dann eben vom 21. bis 23.7.86 im Bodenseegebiet gewesen. Und siehe, er hatte Ersatz beschafft für die verlorengegangene Verbindung zwischen den Verurteilten und dem Bodenseegebiet. Seit ungefähr zwei Monaten arbeitet nun die Verteidigung dieser Ersatzbeschaffungslinie des Senats auf vier Ebenen entgegen:

– Ein umfänglicher Beweisantrag, der die Glaubwürdigkeit der Zeugin erschüttert, steht noch zur Entscheidung aus.
– Observationsberichte über die Düsseldorfer Kiefernstraße, die seinerzeit, wie etwa heutzutag die Hamburger Hafenstraße, als bevorzugtes Wohngebiet der RAF gehandelt wurde, liegen nach Aussage der vernommenen Beamten in verschiedenen Staatsschutzbehörden vor, werden jedoch unter Verschluß gehalten. Lagert hier unterdrücktes Entlastungsmaterial bezüglich der Anwesenheit von Andrea Sievering in Düsseldorf an den entscheidenden Tagen?
– Die Zimmervermieterin hatte sich bei allen früheren Äußerungen auf den 24.7.86 als den Abreisetag des Paares festgelegt. Sollte ihre Aussage insgesamt als glaubwürdig gewertet werden, dann hätte dies insbesondere für diesen Teil zu gelten. Dann aber kann Andrea Sievering nicht die Zimmermieterin gewesen sein, da sie – wie auch das jetzt verhandelnde Gericht anerkennt – am Vormittag des 24.7. in Düsseldorf Geldbeträge von ihren Postgirokonten abgehoben hat.

Die Entlastungszeuginnen

– Die vierte Ebene, auf der die Verteidigung einer belastenden Verwertung der Zimmervermieterin vom Bodensee entgegentritt, sind die erwähnten Entlastungszeuginnen. Daß ihre Benennung überhaupt als notwendig erachtet wird, entspringt der Erfahrung, daß die Unschuldsvermutung in politischen Verfahren außer Kraft gesetzt ist. Die Behörden ermitteln nur in einer Richtung und scheuen keineswegs vor der Unterdrückung von entlastenden Erkenntnissen zurück (vgl. Angehörigen–Info 56, S.5). Ermittlungsergebnisse werden willkürlich zusammengesetzt und führen mit Dazuerfundenem zum gewünschten Ergebnis. Diese Not – schließlich geht es um überschlägig insgesamt 20 Jahre Knast – flugs zur Tugend umgelogen: Je mehr dies Geschäft den Staatsschützern erschwert wird, umso durchschaubarer wird es.
Die eine Entlastungszeugin, Schwester von Luitgard Hornstein, hatte, so ihre Aussage, im Juni 86 eine Gesprächstherapie bei der Evangelischen Beratungsstelle in Düsseldorf begonnen. Im Anschluß an ihren letzten Gesprächstermin, bevor sie Ende Juli 1986 in Urlaub fuhr, habe sie die ihr flüchtig bekannte Andrea Sievering auf deren Wunsch zu einem Gespräch getroffen, das ungefähr 20 Minuten gedauert habe. Die Beratungsstelle konnte aufgrund vorliegender Statstiken den 21. Juli als den betreffenden Gesprächstermin angeben. Andrea Sievering habe sie direkt an der Beratungsstelle abgeholt und sie seien spazieren gegangen. Andrea Sievering habe ihr von Luitgard ausgerichtet, daß sie vorübergehend nicht erreichbar sei, und daß sie den Eltern ausrichten solle, sie, Luiti, sei für eine Woche nach Holland in Urlaub gefahren. Die Zeugin könne sich deshalb so gut an die Begebenheit erinnern, weil es ihr in jenen Tagen psychisch nicht gut gegangen sei und sie auf die Unterstützung durch ihre

Schwester Luiti gehofft habe.
Die vorübergehende Nicht-Erreichbarkeit Luitgard Hornsteins ist übrigens bereits "gerichtsbekannt". Am 17.7.86 am frühen Morgen um 2 Uhr war Christian Kluth "zufällig" von einer Fußstreife kontrolliert worden. Er bafand sich auf dem Heimweg von der Kieferrstraße zu seiner Wohnung. Die beamteten Nachtschwärmer beschlagnahmten bei ihm ein Diskussionspapier sowie einen Zettel, auf den Rico Prauss eine antiimperialistische Parole notiert hatte. Weil es Christian Kluth, Rico Prauss, Andrea Sievering und Luitgard Hornstein aufgrund ihrer Teilnahme an der damals in antiimperialistischen Kreisen geführten Diskussion bekannt war, daß diese Parole im Zusammenahng der "Sommeroffensive von RAF und Widerstand" bei verschiedenen Aktionen, vom Parolensprühen bis zu Anschlägen auf militärische, industrielle und politische Machtzentren, Verwendung finden sollte – sie leitete 10 Tage später tatsächlich das Bekennungsschreiben zu Dornier ein –, hielten sie es für angeraten, für eine Weile aus Düsseldorf zu verschwinden, d.h. sich ihrer Observation durch den Staatsschutz zu entziehen. Sie wollten sich in Ruhe überlegen, wie diese "Panne" zu beheben sei. Als "Panne" bezeichnete Christian Kluth seine nächtliche Kontrolle in der laufenden Hauptverhandlung, in der alle bereits Verurteilten als ZeugInnen aussagten, daß sie politisch viel, praktisch aber nichts mit dem Anschlag auf Dornier zu tun haben. Sie zogen sich damals zur Beratung in ein Ferienhäuschen in der Eifel zurück.
Nach den Aussagen der Entlastungszeuginnen blieb allerdings Andrea Sievering in Düsseldorf zurück, um für Chris und die Anderen einige Dinge zu erledigen. Sie traf sich nicht nur mit der Schwester Luitgard Hornsteins sondern suchte an mehreren Tagen jene Anwaltskanzlei auf, in der sie tageweise als Sekretärin arbeitete. Dies ist die Essenz der Aussage der zweiten Entlastungszeugin, der damaligen, ebenfalls tageweise beschäftigten Kollegin von Andrea Sievering. Die Zeugin konnte sich daran erinnern, daß Andrea in jenen Tagen aufgeregt darauf gedrungen hatte, einen Akteneinsichtsantrag für den in die Nachtkontrolle geratenen Christian Kluth zu stellen und möglichst bald beim zuständigen Staatsanwalt nachzufragen, wie dieser die Angelegenheit bewerte. Der Zeugin jetzige Recherche habe ergeben, daß dieser Antrag vom 18.7., einem Freitag datiere. Andrea Sievering sei bei nächster Gelegenheit, also am Montag, 21.7.86, mindestens zweimal in die Kanzlei gekommen und habe dort mit ihr und dem gemeinsamen Arbeitgeber gesprochen. Demnach kann sie nicht die Mieterin vom Bodensee sein.
Nach "menschlichem Ermessen" müßten die vier DüsseldorferInnen über kurz oder länger freigelassen werden. Aber was ist "menschliches Ermessen" in einem politischen Prozess wie dem gegen Luitgard Hornstein. Wir sind gespannt, ob und wie der Senat diese sehr bestimmten und plausiblen Aussagen umschifft. Gelingt es ihm, dann müssen die Entlastungszeuginnen mit Strafverfahren wegen eidlicher bzw. uneidlicher Falschaussage rechnen.
(tz,Prozeßgruppe,Bunte Hilfe Stuttgart)

Prozeßtermine: Freitag, 4.1.91 und danach jeden Dienstag und Donnerstag.

Spendenaufruf: Wir mußten über weite Strecken beide Wahlverteidiger Luitis finanzieren und finanzieren nach wie vor den einen voll. Gegenüber der Phalanx von zwei Anklagevertretern und fünf Berufsrichtern ist ein zweiter Anwalt keineswegs Ausdruck eines übersteigerten Sicherheitsbedürfnisses sondern notwendig. Uns fehlen weiterhin und weil sich der Prozess hinzog-aber locker– 20 000.= DM. Konto: Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stgt., BLZ 600 100 70; Kto.-Nr.: 372 42-702.

DER PROZESS UM DEN TOT MAHMUD AZHAR'S

- kritik am aufruf zum prozeß -

ganz kurz zur erinnerung:
thomas fattler hat im januar 1990 aus rassisitschen motiven mahmud azhar angegriffen und schwer verletzt. mahmud strab wenige wochen später an den folgen der verletzungen. thomas fattler wurde am 20.12.1990 zu einem jahr knast auf bewährung verurteilt.

das 'mahmud azhar kommitee', die 'antirassistische initiative', das ' "auslän - der"-Innen referat asta fu' und andere hatten mit einem flugblatt aufgerufen, zum prozeß zu gehen.
worum es in dieser kritik einzig gehen soll, ist die frage, welchen sinn es macht, als zuschauerIn zu diesem prozeß hinzugehen oder für diesen prozeß zu mobilisieren.

dazu zitiere ich erstmal die begründung aus dem flugi:
"der fall mahmud azhar ist einer der wenigen von vielen, die überhaupt vor gericht gebracht werden. der täter wird angeklagt wegen körperverletzung mit todesfolge, beleidigung und hausfriedensbruch. noch ist unklar, ob das gericht wirklich ver - suchen wird, den rassistischen hintergrund der tat aufzuklären, oder ob es sie - wie üblich - als 'bedauerlichen einzelfall' verharmlosen und die rassisitischen motive ignorieren wird. wir dürfen den prozeß nicht unbeobachtet vorbei gehen lassen."

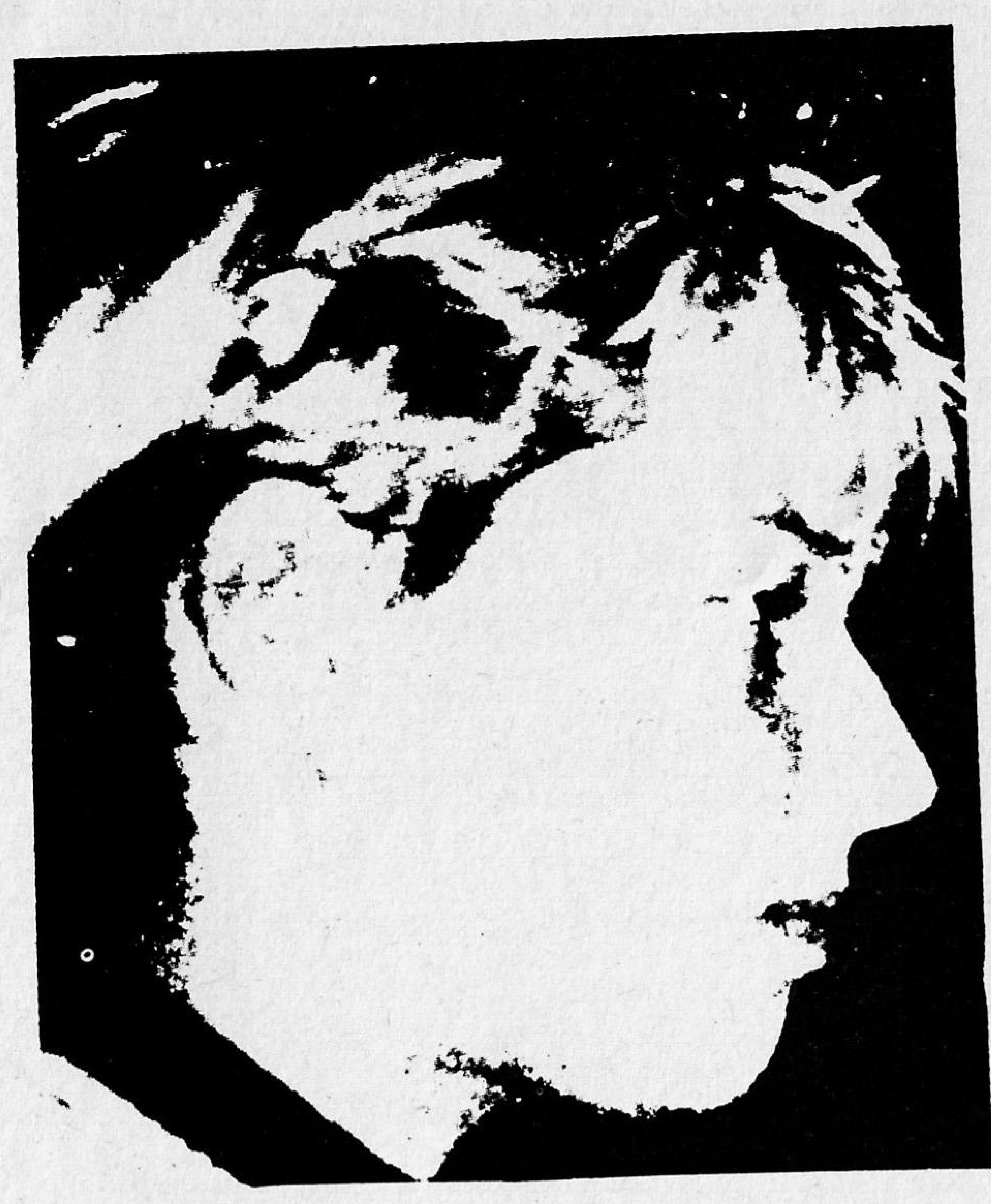
ich bin am 2. prozeßtag drin gewesen und hab' 2 1/2 stunden ausgehalten (bis zum ende des gutachtens). insgesamt waren ca. 50 leute im zuschauerInnen-saal (die hälfte davon ne schulklasse).
der prozeß wurde von uns 'beobachtet', d.h. bis auf gemurmel, entnervtes stöhnen und dem gekicher der schülerInnen war es eigentlich ruhig. es gab keine vorbereiteten aktionen o.ä..
war das die rolle, die wir dort (mit-)spielen 'sollten'?
unsere situation war widersprüchlich: das gericht lehnen wir eh ab, das dürfte wohl konsens sein. mit dem angeklagten und seiner verteidigung können wir aber auch nichts anfangen, weil wir die tat absolut scheiße finden. da war dann noch die nebenklage (mahmuds bruder hatte sie erhoben) - aber die nebenklage unterstützen hieß in diesem fall, einen 'ersatz'-richter zu unterstützen, denn obwohl es der nebenklage immer wieder darum ging, die rassistische motivation des angeklagten herauszuarbeiten, hatte ich den eindruck, daß dies nur deshalb geschah, um den angeklagten härter zu bestrafen. (der anwalt der nebenklage bezeichnete das urteil als "katastrophe", taz 21.12.90 - die taz übrigens als "mildes urteil").
was also wollen wir dort, in dieser verhandlung? welche rolle spielen wir dort? wollen wir, daß thomas fattler verurteilt wird?
die antwort kann nur 'nein' sein, wenn wir es ernst meinen mit unserer utopie einer herrschaftsfreien gesellschaft ohne knäste, ohne psychatrien ... ohne urteile und gefangene.
hieße das in der konsequenz: für thomas fattler im prozeß partei ergreifen?
die antwort darauf kann hier auch nur 'nein' sein.
thomas fattler hat sich durch seine tat sehr weit von mir entfernt; so weit, daß ich nichts mit ihm zu tun haben will - es sei denn, er würde sich mit seinem rassismus und seiner gewalt, die so motiviert ist, auseinandersetzen und versuchen, sich zu ändern.
weil ich ihn aber nicht kenne, werde ich davon nichts mitbekommen (auch außerhalb des prozesses war von einer auseinandersetzung nichts zu hören), so daß die ent - fernung zu ihm so groß bleiben wird wie ER sie gemacht hat.

(solang ich in der verhandlung war, hat er sich zu seinem rassismus nicht geäußert. aber, und das ist wichtig, VOR GERICHT kann er -genau iwe wir- die aussage verweigern, grad auch zu dem, was ihn belasten würde. auch er darf sich so gut er kann vor dem angriff der justiz schützen. - auch da gibt's grenzen, aber um die soll's hier erstmal nicht gehn)

wenn sich thomas fattler aber durch seine tat soweit von mir distanziert hat, und ich meine rolle im prozeß (und um die geht's hier ja) zuerst aus dem verhältnis zum angeklagten heraus bestimme, dann weiß ich in diesem verfahren nicht, was ich da 'soll'.
jetzt, im nachhinein, wird mir das klarer.
aber es geht weiter: die nebenklage hat die einlegung von rechtsmitteln angekündigt. es sieht also so aus, als gäbe es demnächst einen zweiten prozeß.
hingehen? - ist nicht. aufrufen, daß viele zum prozeß gehen sollten, find ich falsch. aber es könnten zwei, drei leute hingehen, um zu beobachten. und sie könnten hinterher veröffentlichen, welche 'arbeit' u.a. gerichte 'leisten', um den für diese gesellschaft notwendigen rassismus mitdurchzusetzen.

die taz zitierte einen menschen aus dem 'aktionskommitee mahmud azhar' zum urteil der ersten instanz: "es ging mir nicht darum, daß der täter unbedingt im knast landen muß." aber es hätte "ein zeichen" gesetzt werden müssen, "daß soetwas zu verurteilen ist". (taz 22.12.90)
ein zeichen setzen, daß so etwas zu verurteilen ist - ja, das ist gut und wichtig. aber ein zeichen durch das gericht? ich fänd's besser, nicht zum prozeß zu gehen, sondern zu überlegen, wie wir uns zu rassismus anders verhalten können.

(übrigens war am zweiten prozeßtag -trotz breiter mobilisierung- kaum eine/r aus der 'szene' im saal, was einmal damit zu tun haben könnte, daß prozesse eh selten besucht werden, oder damit, daß viele die hier vertretene position -nicht hinzugehn- von vornherein klar hatten und wegblieben -- vielleicht auch damit, daß mahmud azhar keiner 'von uns' war -- vielleicht hat es aber auch damit etwas zu tun, daß mahmud 'ausländer' gewesen ist?)



Achtung:

Bullenfrau in Hamburg!

Christina Manz
23 Jahre
blond gefärbte Haare
(eigentliche Haarfarbe Dunkelblond)
kräftige Statur
ca. 170 cm groß

Wir schreiben dieses Flugblatt, weil wir in der Roten Flora eine Bullenfrau des Landeskriminalamtes Hamburg (LKA) enttarnt haben. Sie hat als "under cover Spitzel" unter dem Namen Christa Mahsmann am Ende in fast allen politischen und praktischen Strukturen der Roten Flora mitgearbeitet.
Ihr richtiger Name ist Christina Manz sie ist 23 Jahre alt kommt aus Eutin und hat dort im Mai 86 am CMvW Gymnasium ihr Abitur gemacht. Anschließend fährt sie für einige Monate zu See und beginnt im Oktober 86 ihre Ausbildung bei den Bullen in Hamburg an der Landespolizeischule, Fachhochschule der Polizei in der Carl Cohnstr.39 (auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei). Sie wohnt während dieser Zeit in einer Polizeibeamten und SchülerInnen vorbehaltenen Wohnanlage Carl Cohnstr. 30, diese befindet sich ebenfalls auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei.
Im Rahmen eines Praktikums in der Bullenwache Lerchenstr. fährt sie 1988 Streife in "unseren Vierteln". Ende 89 gibt sie ihre Wohnung in der Carl Cohnstr auf und zieht in die Flotowstr. 23. In dieser Wohnung taucht ihr Name offiziell auf (Klingel, Briefkasten) Telefon 2291847.
Diese Wohnung wird von ihr bis heute als Privatwohnung genutzt. Spätestens mit ihrem Umzug muß sie sich für einen Job als "under cover" Spitzel entschieden haben und eine entsprechende Sonderausbildung gemacht haben. Im Frühjahr 199o beendet sie ihre Ausbildung und wird beim LKA Hamburg Abt. 3 Staatsschutz angestellt. Dort wird sie von der politischen Polizei als beamteter Spitzel im Bereich Schanzenviertel/ St. Pauli gegen autonome Widerstandsstrukturen eingesetzt. Mitte November bezieht sie ihre cover - Wohnung in der Brigittenstr. 10.

Ihr Cover:

Christa Mahsmann geboren in Eutin, zu ihrem Geburtsdatum hat sie während der Zeit zwei verschiedene Angaben gemacht (18.06.67 und 07.11.67), und hat dort 1986 Abitur gemacht. Dann sei sie mit Unterbrechungen insgesamt zwei Jahre zur See gefahren, was sie bereitwillig durch Fotos und Fachkenntnis "belegt". Zum studieren sei sie Anfang des Jahres nach Hamburg gezogen, hat sich erstmal ein Semester umgeguckt und in Studiengruppen zum Thema Ausländerpolitik gearbeitet, was ihr nicht genug gebracht hat. Im Herbst 199o hat sie dann begonnen Jura zu studieren. Sie habe bis zur Wohnung in der Brigittenstr. 1o bei einem Kumpel gewohnt, und dazu 3 unterschiedliche Adressen genannt. Sie habe die Wohnung

in der Brigittenstr. 1o über Beziehungen (Vater) bekommen und müßte alles neu schaffen, weil sie auf See alle Sachen gelassen hätte. Sie bekomme von ihren Eltern etwas Geld zur Miete und finanziert sich ansonsten über ihre Seereisen.

Bewohner des Hauses Flotowstr. 23 haben nach Vorlage eines Fotos bestätigt, daß sie unter dem Namen Christina Manz dort wohnt und eine Polizeibeamtin ist!!!!!

In der Flora ist ads Bullenschwein Anfang Mai 199o unter dem Namen "Christa Mahsmann"aufgetaucht. Aus einer öffentlichen Schulung zur Ausländerpolitik/Asylrecht bildet sich Anfang Mai die Gruppe AG Apo (Arbeitsgruppe Ausländerpolitik), die sich regelmäßig in der Roten Flora trifft. "Christa"hat die Schulung besucht und arbeitet seitdem in der Gruppe mit. Ihre Angaben waren, daß sie sich bereits in einer StudentInnengruppe an der HWP (Hochschule für Wirtschaft und Politik) zum Thema gearbeitet habe, außerdem am Plenum gegen die neuen Ausländergesetze im Haus für Alle teilnehme.
Am 16.o6.9o findet in der Roten Flora ein großes Plenum zur Neubestimmung und Umorganisierung der Plenumsstrukturen statt. Dort tritt "Christa" zum ersten Mal als Delegierte ("Beobachterin") der AG Apo auf. Als Ergebnis dieses Treffens werden in der Roten Flora zwei regelmäßige Plena eingerichtet:

A. Das "offene" Dienstagsplenum (d.h. nicht nur für Leute, die kontinuierlich in der Roten Flora arbeiten, sondern auch für Leute, die nur mal reinschnuppern wollen.)
B. Das "interne" Mittwochsplenum für Delegierte der Flora NutzerInnen Gruppen und Einzelpersonen, die das Projekt tragen. Hier soll Verbindlichkeit und Kontinuität obligatorisch sein.

"Christa" nimmt von Anfang an, an den Treffen des Mittwochsplenums teil und berichtet in ihrer Gruppe über die Plena. Anfang Juli fährt sie für zwei Monate zur See, Anfang September taucht sie wieder auf, arbeitet weiter in der Ag Apo mit und besucht regelmäßig das Mittwochsplenum, bei wichtigen Diskussionen auch das Dienstagsplenum. Ihr Verhalten in den einzelnen Bereichen ist unterschiedlich.

- Die AG Apo ist eine relativ kleine Gruppe, die derzeit eine Broschüre zum Thema neue Ausländergesetzte erstellt. Hier tritt "Christa" als engagiertes,tragendes Mitglied auf, erarbeitet fundierte Beiträge die sich mit juristischen Problemen beschäftigen und beteiligt sich an Diskussionen mit eigenen Positionen etc. Sie muß also auf diesen Bereich auch inhaltlich vorbereitet worden sein.
Auf Flora Plena hat sie fast nur von anderen Leuten formulierten Positionen zugestimmt und kaum eigene Positionen formuliert. Meistens hat sie von einer bezüglich Flora gelaufenen Sache/ Treffen berichtet. Sie hat auf den Plena den Eindruck einer eher ruhigen , aber aufmerksamen Person hinterlassen, die Gedanken und Positionen eher praktisch umsetzt. So hat sie sich in den letzten Monaten an fast allen praktischen Arbeiten in der Roten Flora (von Tresenschicht bis Aufräumen), den politischen Initiativen (wie der Bau des Parkkunstwerkes gegen die Parkbebauung, Besuch der Jusowahlfete im Fernsehturm), sowie den praktischen Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen Bullen und Faschos beteiligt (z.b. Frühwachen).Sie ist mit uns auf Demos gegangen (zuletzt am 8.12.9o zum 3. Jahrestag der Intifada) und war als Vertreterin der Roten Flora auf politischen Treffen (z.B. dem offenen Hafenstrassen Plenum und dem Mehrzweckhallenplenum). Außerdem hat sie an der Vorbereitung zu ICC/Phantomenaletage, mit einer Gruppe von StudentInnen aus der HWP teilgenommen, sie hat sich auf mehreren Treffen zur Mainzerstr. rumgetrieben und ist beim Anti Wahl-

kongress Nov.90 gewesen. Zur Flora hatte sie am Schluß durch eigene Schlüssel zu allen Räumen Zugang, wie sie zu den Schlüsseln gekommen ist, bleibt unklar, was aber bei dem ständigen Schlüsselchaos in der Roten Flora auch kein Wunder ist.

ÜBER DIE ROTE FLORA

Nach der Vertreibung der von Fritz Kurz geplanten "Phantomoper" wird das arg zerstörte Restgebäude seit über einem Jahr besetzt. Seitdem wird in der Fora ein autonomes Stadtteilzentrum verwirklicht. Wir, das ist ein bunter Haufen von Menschen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen und mit einer unterschiedlichen Geschichte. Was uns verbindet, ist die gemeinsame Widerstandserfahrung im Kampf gegen das Großprojekt "Phantomoper", die Umstrukturierung unseres Lebensbereiches und der Versuch, ein selbstbestimmtes Zentrum aufzubauen. Die Rote Flora als Zentrum für viele Menschen und Gruppen ohne staatliche Einflußnahme macht dann auch die politische Bedeutung im Stadtteil und darüberhinaus aus. So bietet die Rote Flora Räume auch gerade für Veranstaltungen und Gruppen an, deren Inhalte aufgrund der Thematik kriminalisiert werden (z.B. zu politischen Gefangenen und Reppression, usw.). Auch für spontane Mobilisierungen und Treffen bietet die Rote Flora immer Räume (z.B. nach Bulleneinsätzen gegen die Hafenstr.).Sie ist ebenfalls immer wieder Ziel oder Ausgangspunkt von Demonstrationen und dient als Informationsquelle für politisch interessierte/engagierte Menschen im Stadtteil.
Gleichzeitig findet hier ständig ein gemeinsamer politischer und praktischer Prozeß zwischen den verschiedenen Gruppen, die die Rote Flora tragen und nutzen statt. Positionen,die sich woanders oft sprachlos gegenüberstehen, kommen hier oft um eine gemeinsame Diskussion/Auseinandersetzung nicht herum. Dies ermöglicht uns, tendenziell neue Erfahrungen und Perspektiven für einen gemeinsamen Widerstand gegen Kapital und Staat zu erarbeiten und die oft vorherrschende Vereinzelung und Abgrenzung zu überwinden. Die Rote Flora spielt nicht nur eine Rolle für den Prozeß und die Organisierung autonomer Gruppen, sondern soll auch deren Politik und Praxisfür andere Menschen greifbar machen. Auch soll hier Raum für alle von staatlicher Unterdrückungs und Vertreibungspolitik betroffenen Menschen sein, um sich zu treffen und zu diskutieren und für die eigenen Interessen zu organisieren. Genauso ist hier Platz für Leute, die eine andere Kultur, Musik und Sport machen wollen.

WAS HAT SIE BEI UNS GEWOLLT ?

Die Bullenfrau"Christa Mahsmann" hat,als sie als "Christa" in der Roten Flora auftauchte, gezielt unsere offenen Strukturen ausgenutzt. Es ist relativ leicht, in die Flora einzusteigen, ohne sich auf tiefergehende Gruppenprozeße einlassen zu müssen, Es gibt immer gemeinsame Anknüpfungspunkte, z.b. Tresen, Bau, Floraprobleme im allgemeinen und besonderen. Und das ist von uns ja auch so gewollt. Wir wollen unsere Strukturen nicht dichtmachen, wir wollen mehr werden und das "neue" Leute eine Nähe zu unserer Politik und Praxis herstellen können - sie selber mitbestimmen. Diese Offenheit haben wir dann auch Christa entgegengebracht, so wie wir sie mitgekriegt haben. Diese im Prinzip gute "Offenheit" ist in der Roten Flora praktisch aber auch oft Oberflächlichkeit.
Die Tatsache zweier zum Teil recht gut besuchter Plena mit sogenannter offener und interner Struktur, ist nicht unbedingt/leider kein Ausdruck von besonders gelungener Organisierung und massiver gemeinsamer Verantwortung für das Projekt Rote Flora. Praktisch werden fast alle anfallenden praktischen und politischen Aufgaben nur von einem relativ kleinen Aktivistinnenkreis angepackt. Dieser Kreis von Leuten ist aber keine feste Gruppe, die kontinuierlich diskutiert und so für die ständige gemeinsame

Arbeit auch die Verantwortung übernimmt. Stattdessen ist jede/r einzelne meist schon bei der Organisierung des täglichen Betriebs der Roten Flora überfordert.
Der Anspruch "Offenheit", gepaart mit der mangelnden politischen und praktischen Organisierung unter uns, waren für das Bullenschwein der Schlüssel zu unseren Strukturen. Obwohl sie sich auf den von ihr regelmäßig besuchten Flora-Plena kaum äußerte, hat sich Christa von Anfang an an fast allen praktischen Sachen beteiligt. Ihre praktische Initiative und Einsatz hat angesichts unserer Desorganisierung und ständigen Überforderung quasi ausgereicht, sich in unser Vertrauen zu dealen. Klar gibt es unter vielen von uns auch tiefere und kontinuierlichere Prozesse, wir kennen uns auch privat/persönlich, wissen die Geschichte voneinandeer, Aber es fällt nicht weiter auf, wenn eine/r nicht mitmacht (vielleicht redet er/sie mit anderen). So wußte von"Christa" kaum eine/r mehr als ein paar Brocken ihrer Spitzellegende, daß sie studiert; in den Ferien als Kellnerin auf nem Schiff jobbt, was sie früher schon mal zwei Jahre gemacht hat; aus Eutin kommt, hier in Hamburg daher kaum Leute kennt und das sie in der AG Apo mitmacht.
Ihre politische Motivation zu kämpfen, ihre Geschichte kannte niemand. Selbst die teilweise unterschiedlichen Angaben, wo sie wohnt, fielen niemanden auf. Trotzdem brachten wir ihr unreflektiertes Vertrauen entgegen und sie hatte Zugang zu fast allem was in und von der Roten flora aus lief. So hatte sie über den eigenen Schlüssel Zugriff auf alle in der Flora befindlichen Materialien und Unterlagen (Plenumsprotokolle, Handschriften, Telefonketten,Flugblätter und Post). Sie hat uns mitgekriegt, wer welche Positionen vertritt, wer für welche Prozesse untereinander wichtig ist, wer oft auf "Konfrontationskurs" geht und wer ein "Integrationsmensch" ist.Sie hat die Konsequenz der Einzelnen in ihrer Staatsfeindlichkeit mitbekommen,weiß von vielen von uns, wer wir sind und wo wir hinwollen. Sie hat Einblick bekommen, wer welche Cliquen, Zusammenhänge,Gruppen hat. Wer tief in den Flora-Strukturen drin ist wie sie,bekommt auch die technischen,persönlichen und politischen Zusammenhänge und Kontakte zu anderen Häusern, Zentren und Gruppen mit; weiß wie dei Szene Organisationsstrukturenaufbaut und wie wir in Verteidigungsfällen zusammenarbeiten.

WIE IST SIE BEI UNS REINGEKOMMEN, WAS HAT SIE MITGEKRIEGT ?

Wir kennen den genauen Auftrag der Bullenfrau "Christa" nicht. Wir denken aber, daß es den Schweinen nicht nur um die Rote Flora geht. Klar wollte sie über ihre "Mitarbeit" in dem Kreis der FloraAktivistInnen Material und Strategien zur Zerschlagung der Roten Flora als autonomes Zentrum und der Kriminalisierung Einzelner durch den Staatsschutz sammeln. Gleichzeitig wollte sie aber auch weiter eindringen in das Geflecht von autonomen Widerstandsstrukturen hier in der Stadt. Sie hat nicht in auffälliger Weise versucht uns zu bestimmten Aktionen zu drängen, wie es in anderen Fällen schon mehrfach gelaufen ist. Aber wir wissen von ihrem speziellen Interesse an den Überlegungen zur Durchsetzung der Hafenstraße und allen diesbezüglichen Diskussionen, und den Bereich Internationalismus. Zum Bereich AusländerInnenpolitik/Asylrecht hat sie sich stark engagiert und sich dazu sogar ein politisches Wissen erarbeitet, um einfacher vorwärtszukommen. Sie hatte an verschiedenen Punkten die Möglichkeit, nicht öffentlich angekündigte Aktionen z.B. nach der Räumung der Mainzerstraße mitzukriegen (wir sollten uns allerdings davor hüten, alles was schiefgelaufen ist damit zu erklären - es gab noch reichlich mehr Fehler). Ihr Auftrag ist in so einem Fall immer

die Erkenntnisse weiterzuleiten ,wenn sie von einer Aktion Wind kriegt. Es ist dann den politischen Bullen, ob sie uns "nur" observieren(um es uns später reinzuhängen) oder eine Falle zu bauen, um die ganze Palette von Personalienfeststellung bis Festnahme gegen uns einzusetzen. So oder so ist sie Werkzeug zu unserer Zerschlagung und Kriminalisierung.Das Ziel von Bullen und Justiz ist nicht nur mitzukriegen, was die einzelnen Menschen tun, sondern auch, was sie über Aktionen und Ideen von anderen denken; rauszufinden, wer welche Prozesse befürwortet und unterstützt, also die "subjektive Tatseite" herauszufinden. In möglichen späteren Konstrukten bekommt das dann seine Wichtigkeit in Aussagen wie "Sympatisiert mit...", vertritt die gleichen Ziele, wie...". Welche Dimension die "subjektive Tatseite"inzwischen in der Verfolgung und Verurteilung bekommen hat, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. So sind z.B. Andrea Sievering, Rico Prauß, Chris Kluth, Luitgard Hornstein, Thommi Klipper und Rolf Hartung aus der Kiefernstraße in Düsseldorf hauptsächlich wegen ihrer staatsfeindlichen Gesinnung in den Knast gekommen.
Hier in Hamburg werden wir damit auch konfrontiert. Die Hetze gegen die Hafenstraße bezieht sich neben den sogenannten Funden, die das ganze Konstrukt untermauern sollen, hauptsächlich auf Beziehungsgeflechte, Kontakte und Gesinnung. Die Hausdurchsuchungen in Hamburg und Stuttgart (5.12.9o)haben die gleichen Erklärungsmuster.

WIE WEITER ?

Die Tatsache, daß eine Bullenfrau in einem Teil unserer engsten Strukturen gehockt hat, bringt ein Problem auf den Punkt, welches in den letzten Monaten schon in einigen anderen Situationen offen geworden ist: Wir werden gemeinsam unsere Verantwortung für uns selbst und anderen gegenüber nicht gerecht. Es ist unerträglich und unendschuldbar, was das Bullenschwein an vielen Punkten mitkriegen konnte. Es gibt Bereiche, die geschützt werden müssen,wo wir unbedingtes Vertrauen zueinander brauchen. Gemeint sind z.B. Mobilisierungsstrukturen wie Telefonketten, oder bestimmte praktische Initiativen wie z.b. Verteidigungsmaßnahmen gegen Faschos und Bullen. Diese Dinge können nur unter denen laufen,die unbedingtes, begründetes Vertrauen zueinander haben.
Wir wollen nicht, daß das zu Hierarchien oder Abgrenzung führt, sondern es geht um Genauigkeit und Verantwortung (auch gerade den neuen Leuten gegenüber). Unser Fehler ist, daß wir keine kontinuierliche Diskussion unter "den Flora - Leuten " organisiert haben, die es uns ermöglicht hätte, uns den praktischen und politischen Aufgaben zu stellen, die jetzt in einem Jahr Rote Flora entstanden sind. Wir haben ständig die Unzulänglichkeiten unserer Struktur bedauert, auch dann, als Schwächen unübersehbar waren. Erst seit einigen Wochen gibt es erste Ansätze, sich dieser Verantwortung zu stellen.
Wir denken,daß dazu einen gemeinsamen Begriff von der Situation, von unseren Zielen und der Konfrontation, die wir gegen den Staatsetzen, brauchen. Die Diskussion daran hat unter uns gerade erst angefangen. Wir wollen sie aber auch anhand dieses Flugblatts in der Roten Flora weiterführen. Trotz aller Ängste und psychischen Belastungen, denen wir alle während der Arbeit an der Enttarnung des Bullenschweins ausgesetzt waren - es war eine wichtige Erfahrung, daß wir es zusammen mit allen Schwächen geschafft haben, an diesem Punkt die Verantwortung zu übernehmen. Wir haben dabei angefangen (soweit dies unter den Bedingungen möglich war), aus unseren unterschiedlichen Erfahrungen zusammen zu lernen, wie wir der scheinbaren Allmächtigkeit des Apparates Grenzen setzen können.

no pasaran!
einige leute aus der roten flora
hamburg im dezember 199o

IRGENDWIE, IRGENDWO, IRGENDWANN... IN DER HAFENSTRASSE

Als der Hamburger Senat 87 mit dem Verein Hafenstraße den Vertrag abschließen mußte, war schon klar, daß sie trotzdem versuchen werden die Häuser wegzukriegen. Seit 88 laufen Provokationen und Pressehetze gegen die Hafenstraße, begleitet von Kriminalisierungsversuchen nach §129a.

Jetzt hat die Justiz eine der Kündigungen stattgegeben, d.h. die Kündigung ist rechtskräftig und sofort vollstreckbar.

Der Vorfall, weswegen letztlich gekündigt worden ist, zeigt nochmal ganz deutlich, was eigentlich Tango ist. Es wurden nur Bullenzeugen dazu vernommen, die Verteidigung wurde formalrechtlich ausgetrickst, so daß es keine Möglichkeit gab, GegenzeugInnen zu benennen.

Daß die Bullen lügen ist klar: Fotos beweisen, daß die Bullen von ihrem angeblichen Standpunkt aus, sowieso nichts sehen konnten. (Es geht um sogenannta Gewalt aus den Häusern)

Diese juristische Schiene ist eine Farce, weil es ist natürlich kein juristisch mietrechtliches Problem für den Senat, sondern ein Politisches. Die Hafenstraße paßt nicht zu den Umstrukturierungsplänen ST.Paulis geschweige denn zur neuen "Standortpolitik Hamburgs".

Jetzt soll es also ernst werden.

Es gibt jetzt für 6 Häuser Abrißgenehmigungen. Die neue Abrißgenehmigung ist auf dem sogenannten kleinen Dienstweg erstellt worden, was heißt, wenn sie räumen, reißen sie auch gleich ab, damit ihren Pänen nix mehr im Weg steht.

Sie planen eine Flaniermeile(Insidertitel: "Perlenkette", Babauungsplan ST.Pauli 35)

Jetzt geht es darum, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern zu versuchen öffentlichen Druck aufzubauen, damit der:

HAFEN BEIBT!!!!

HAFENSTRAßE VIEL GUT!!!!

Laßt Euch was einfallen wie z.B.SPD büros besetzen, Talk Shows stürmen,.....

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt außer die der eigenen Borniertheit.

Eile tut Not, sie können sofort räumen und sie werden nicht lange warten, weil sie scho[n] seit 10 Jahren auf diese gelegenheit lauern

LÜBBI LÜBBI LÜBBI

Nochmal kurz zusammengefaßt :

Am Dienstag, den 11.12. sind wir aus der Lübbi 29 geräumt worden, in der wir zum Teil seit 1/1/2 Jahren zusammen gelebt haben. Auf der Straße sitzend sind wir nach fünf Tagen Obdach in der Emmaus-Gemeinde in Zelte gezogen, am Lausitzerplatz - deutlich zu sehen, daß dieser Senat wieder mal trotz Eiseskälte seine Räumungslinie durchzieht. Bittgänge zum Bezirksamt, Öffentlichkeit durch (wenig) Presse haben erwartungsgemäß nichts gebracht.





WIR NEHMEN UNS JETZT
DIE LAUSE (platz) 10/

DAS KOLLEKTIV CHAOS LÜBBI GEHT IN DIE OFFENSIVE

Was der Senat nicht enteignet, enteignen wir !

Seit wir den Lausitzer platz mit Zelten besetzt haben, sind viele AnwohnerInnen, Jugendliche, Kiddies usw hier vorbeigekommen. Alle hatten irgendwann die Frage gemeinsam "was erwartet ihr von denen da oben, denen ist doch egal, ob ihr hier friert ". Recht haben sie !

Wer 65 Erwachsene und 4 Kinder im tiefsten Winter und Schnee auf die Straßesetzt
wer Sanierungskonzepte mitträgt, die tausende zusätzlich in die Obdachlosigkeit treiben, weil die Mieten unerschwinglich sein werden,
wer alte Menschen aus ihren Häusern reißt und in Umsetzwohnungen oder Altersheime steckt, um kapitalkräftigeren Mietern Platz zu machen,
wer alles dran setzt das letzte bißchen Eigenleben in den Stadtteilen zu zerstören, die Menschen gleichzuschalten und den Widerstand gegen all das mundtot zu machen,
--der wird uns auch nichts schenken! Wir müssen uns wie immer selbst nehmen, was uns zusteht.

Und damit hinterher keineR kommt und sagt, wir sind die Betonköpfe, unfähig uns zu artikulieren, wir können nur Steine schmeißen statt eine politische Lösung zu suchen, haben wir uns also noch einmal angehört, was wir eh schon wußten. Ausflüchte und Lügen! Es kann keine gemeinsame politische Lösung geben, denn die politisch Verantwortlichen werden immer die Interessen der Reichen vertreten.

"Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen,
wir können sie nur zwingen, immer unverschämter zu lügen."

Wir haben dem Bezirksamt eine Liste leerstehender Häuser in Kreuzberg vorgelegt
und gefordert, eins davon zu beschlagnahmen. Für alle Häuser auf dieser Liste
gibt es naturlich "ganz zufällig""ganz zwingende" Gründe, warum sie zum Teil seit
Jahren leerstehen : beim einen konnten die Baumaßnahmen nicht weitergeführt werden, weil der Statiker gestorben ist (vor 2 Jahren);beim anderen wird "gerade morgen" nach 4 Jahren Leerstand weitergebaut und so witer quer durch die ganze Liste.

Als Alternative wurde angeboten : meldet euch doch obdachlos, für jedeN gibts ein Dach überm Kopf (zum Beispiel im Obdachlosenasyl in Reinickendorf)

UNS GEHTS NICHT UMS BLOßE DACH ÜBERM KOPF !!

Wir sind nicht nur an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, sondern wir haben uns auch immer wieder selbst dahin gestellt : denn wir haben keinen Bock auf die von Konsum und Arbeitszwang zugekleisterte Zwangs"harmonie", wir wollen anders miteinander leben.

Wir verzichten auf den Trost der Lüge von Ruhe und Bequemlichkeit. Wir brauchen weder Selbsthilfeprojekte, noch individuelle Wohnungen, in denen es sich behaglich einrichten läßt, um uns den Rest unseres Lebens auf vergangenen Erfolgen und Niederlagen ausruhen zu können.

Was wir brauchen ist ein Platz für die, die nicht anders können als weiterkämpfen. Raum, um generationenlange Konditionierungen (durch Staat,Familie,Schule,Kirche), starre Konzepte,Denk- und Verhaltensmuster zu durchbrechen und zwar auf allen Ebenen und mit allen Mitteln gleichzeitig.

UNS DIE VIELFÄLTIGKEIT ZU ERHALTEN UND ZUR WAFFE ZU MACHEN IST EINE EXISTENZIELLE NOTWENDIGKEIT FÜR UNS .

" WIR WARTEN AUF DAS CHRISTKIND " :

Unter diesem Motto haben wir - das Kollektiv Chaos Lübbi - dann am 24. 12. 90 um 20 Uhr das seit Jahren leerstehende schein - und schleichrenovierte Haus am Lausitzer Platz 10 besetzt.

WIR BEREUEN NICHTS !!!

Dort haben wir ein nettes Fest gefeiert.
Klar war uns dabei, daß das Christkind nicht lange auf sich warten läßt.
Es präsentierte sich dann schließlich so gegen 3 Uhr nachts in der Form einer Hundertschaft Bullen, die - völlig geil darauf ihren mitgebrachten Gefangenentransporter zu füllen - versuchten überraschend das Haus zu stürmen.

...Nur "leider" Pech für die Bullenschweine. Das Weihnachtsfest haben wir ihnen gründlich vermießt, und Festnahmen konnten sie keine machen. Wir waren einfach schneller und hatten als befriedigenden Anblick zum Schluß des " frohen Festes " einen Haufen völlig genervter Bullen vor uns, die wir in der Kälte stehen ließen, um uns auf unsere Pennmöglichkeiten zu verteilen.
Genau das ist unsere Situation jetzt.

Die wenigsten von uns haben für sich etwas annehmbares dauerhaftes zum Wohnen gefunden. Was wir haben sind Pennmöglichkeiten, aber keinen Wohn und Lebensraum.

DEN WERDEN WIR UNS WIEDER SCHAFFEN !!!! WIR MACHEN WEITER!!!!

Eine harte Nuß im Moment, wo es gerade der Häuserszene so an den Kragen geht.

VON HIER AUS JETZT MAL 1NE MILLIONEN GRÜßE AN ALLE GERÄUMTEN HÄUSER UND EINEN AUFRUF ZUM WEITERMACHEN!!!!

WIE??? Wir suchen uns neue Objekte und neue - natürlich geniale - Ideen.



TERMINE

Donnerstag 10.1.
20.00 Die Seele des Geldes - Film
A-Laden Moabit
Rathenower 22
A-Laden Moabit
Rathenower 22

Freitag 11.1.
19.00 Videozeitung der besetzten Häuser zeigt Zusammenschnitte
Cafe Buchladen
Tucholskystr.32 Mitte
20.00 Veranstaltung zur Golfkrise mit einem irakischen Oppositionellen und einem Vertreter der "irakischen" Kurdistan Front
Jagowstr. 12
21.00 Veranstaltung zu Hausbesetzungen in Moskau /
Grünbergerstr. 73
U-Bhf Samaritersstr.

Samstag 12.1.
13.00 Demo zum Golfkrieg
Adenauerplatz
Der Frauenblock trifft sich am Transparent mit der grünen Drachin(?)
19.00 Videozeitung der besetzten Häuser zeigt Zusammenschnitte
Cafe Buchladen
Tucholskystr.32 Mitte

Sonntag 13.1.
15.00 Sonntagsspaziergang in Friedrichshain
Frankfurter Tor
15.00 "Kurdistan - Vertreibung und Befreiungskampf"
Ausstellungseröffnung (Fotos)
Galerie Olga Benario
Boddinstr. 61
19.00 Videozeitung der besetzten Häuser zeigt Zusammenschnitte
Cafe Buchladen
Tucholskystr.32 Mitte

Dienstag 15.1.
18.00 Potsdam
Antifa Vorbereitungsplenum gegen Faschoaktionen am 30.1.
Haus der jungen Talente Berliner 49

Mittwoch 16.1.
19.00 Treffen der Werrablockabgegriffenen
Lunte Weisestr. 53
21.00 "Erst das Essen, dann die Miete"
Diskussionsveranstaltung mit Film
X-B-Liebig
Liebigstr. 34 Friedrichshain

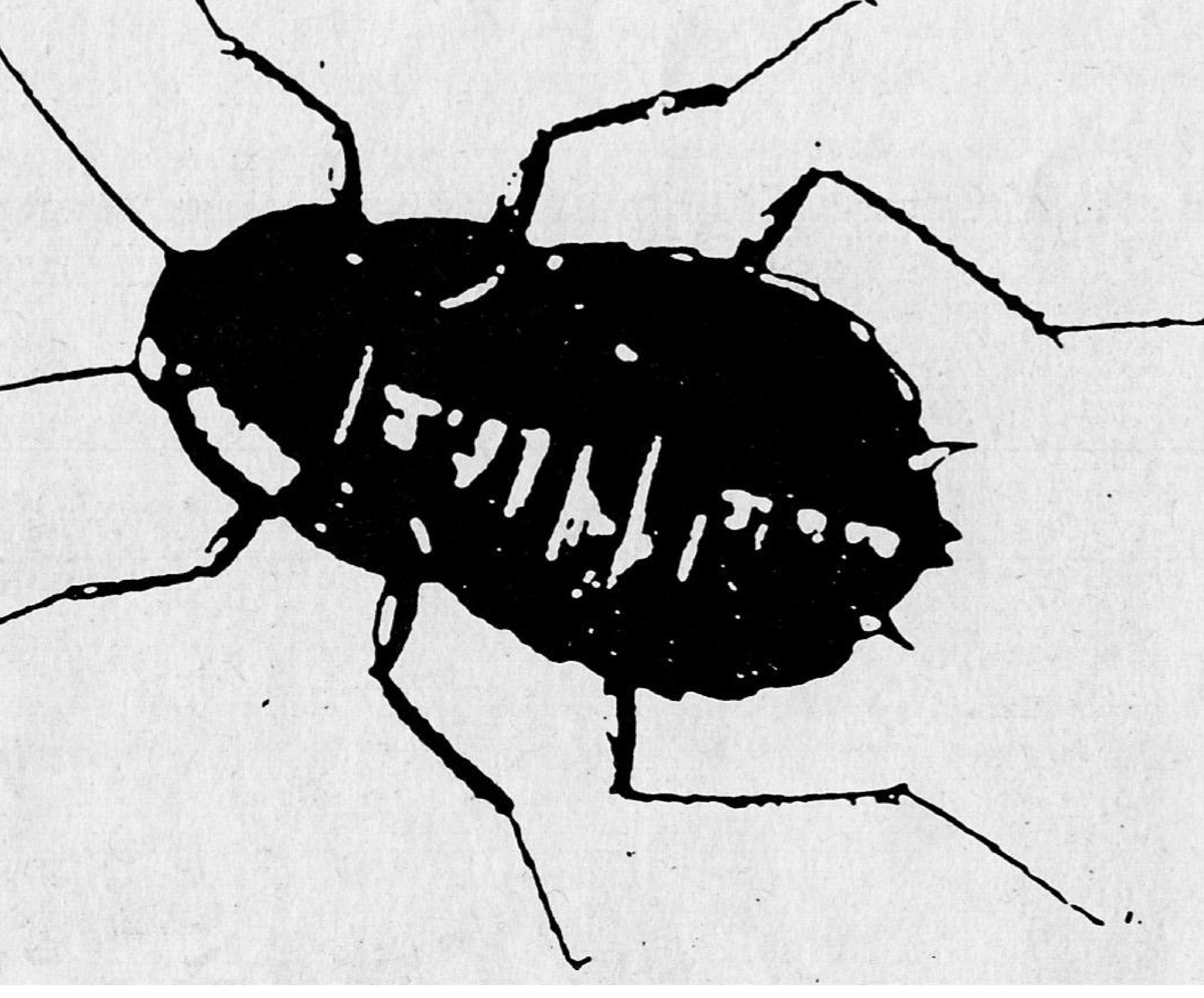
Donnerstag 17.1.
19.01. Veranstaltung des Kurdistan Komitees
Hörsaal 110 der TU
20.00 Weltraumforschung - Vortrag

Bei Räumung

Treffpunkte: 14.00 Rosa Luxemburg Platz
20.00 VV Mehringhof
22.00 Breitscheidplatz

Hafenstr.

20.00 Adenauerplatz



KDV Beratung

jeden Mo und Mi ab 19.00 Uhr
im Mehringhof

Was sich Berliner Hausbesetzer auch ohne „Hilfe“ der Polizei vornehmen können

Kietzspaziergänge, Volxküche, Diskos und Fußball

Auch wenn die Polizei nicht gerade mit Räumungsbefehlen aufkreuzt, machen die Friedrichshainer Hausbesetzer von sich reden. Zum Beispiel mit einigen interessanten Projekten. Gegenwärtig läuft eine Aktionswoche. Angesagt sind sogenannte Spontandemos. Morgens gegen 6 Uhr versuchen die jungen Leute mit Berlinern ins Gespräch kommen, auf Straßen, im Bus, in der U-Bahn. Beispielsweise darüber: In Ostberlin leben derzeit rund 1,4 Millionen Menschen, und über 85 000 haben einen Wohnungsantrag gestellt. 38 000 können auf einen Dringlichkeitsantrag verweisen, darunter viele alleinstehende Mütter mit Kindern. Wer eine Wohnung braucht, der bekommt einen WBS. Das Kürzel ist nicht mit der Zahl 70 versehen und hat folglich keine unmittelbare Beziehung zu einstigen Betonplattenburgen. WBS bedeutet Wohnberechtigungsschein. Viel wert sind diese Dokumente indes nicht, denn im Westteil der Stadt soll es davon bereits 80 000 geben. Eine wirkliche Hilfe können diese WBS auch nicht sein, denn Wohnungen sind bekanntlich eine Ware. Was hilft da Administration... Allein in Friedrichshain, so haben die Besetzer ermittelt, stehen derzeit rund 70 Häuser ganz oder teilweise leer.

Entgegen landläufiger und lancierter Meinungen treten die Friedrichshainer Hausbesetzer nicht nur in Erscheinung, wenn die Polizei anrückt. Da gibt es beispielsweise sonntags sogenannte Kietzspaziergänge. Am 27. Januar soll eine neue Form hinzukommen. Dann wird die Route vor allem an Denkmalen revolutionärer Kämpfer und des antifaschistischen Widerstandes vorbeiführen. Mit dabei und bereit zur Diskussion sollen Historiker sein. Zudem wollen die Besetzer diese Tafeln, Steine und Skulpturen in persönliche Pflege nehmen. Schon damit manch dümmliche Spraymeinung verschwindet und Geschichte nicht einfach „abgewickelt“ werden kann.

Ein anderes Projekt ist mit dem Titel „Da sind wir aber immer noch“ überschrieben. Es geht um die „Volxküche“. (Die ungewöhnliche Schreibweise will auf das ungewöhnliche Vorhaben aufmerksam machen.) Was einst in der (geräumten) Mainzer Straße so hoffnungsvoll begann, soll nun in der Niederbarnimstraße 23 wiedererstehen. Die Volxküche öffnet am kommenden Sonntag. Rentner und Kinder erhalten dort kostenloses Essen. Finanziert wird das Ganze aus Spenden, aus „Abzweigungen von der Stütze“ der Mitarbeiter sowie von Mehreinnahmen beim Bierverkauf. Gemüsehändler vom Markt unterstützen das Projekt mit Billigpreisen. Außerhalb der Essenszeiten kann man die Räume für Veranstaltungen mieten. Einzige Bitte: Wer ein Bündel Briketts verheizt, möchte ein neues hinstellen.

Wiedereröffnet werden soll auch das Kinderkino. Eintritt ebenfalls zum Null-Tarif. Zwischen 14 und 18 Uhr will man — wie einst in der Mainzer Straße — Filme zeigen, die lustig sind, Phantasie zulassen und nicht beim Kuchenessen und Kakaoschlürfen stören. Zu den Projekten gehören auch folgende: Diskussionsabende über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so über den Kapp-Putsch und die Novemberrevolution, ein Flohmarkt, Jugenddiskos (schon weil es kaum noch einen funktionierenden Jugendklub im Stadtbezirk gibt), ein Fußballturnier der Antifaschistischen Fußballinitiative,...

Unsere Gesprächspartner, die derart in die Öffentlichkeit streben, baten uns mit Hinweis auf mögliche Polizeiaktionen, anonym zu bleiben.

Im Stadtbezirk Friedrichshain gab es einst 43 besetzte Häuser. 27 sind noch in der Hand der Besetzer. Man wirft ihnen vor, daß sie allesamt einen Wohnsitz hätten und ihre Aktionen nur aus Lust am Frust inszenieren. Polizeilich gemeldet sind die meisten wohl — um eine Adresse für das Arbeitsamt zu haben. Denn, wer keine Wohnung nachweist, der bekomme nicht einmal Arbeitslosengeld. Und auch die Polizei habe so ihre Methoden. Wer nach seiner Festnahme keine Adresse nachweisen kann, laufe Gefahr, wegen Landstreicherei in Haft zu bleiben. Und wer will das schon. So sind polizeiliche Anmeldungen von einem Dutzend Leuten in einer Zweizimmerwohnung nicht die Ausnahme.

Was die Aktivitäten des Staates gegen die Hausbesetzer betrifft, so machen die Besetzer eine einfache Rechnung auf. Allein die Räumung der Mainzer Straße, bei der Polizisten aus dem übrigen Bundesgebiet herangekarrt wurden, habe rund 10 Millionen D-Mark verschlungen. Schon ein Bruchteil der Summe hätte den Besetzern geholfen, ihre Häuser instand zu setzen. Und darum geht es ihnen vor allem. Sie erinnern an Brecht — Resolution der Kommunarden:

In Erwägung, daß da Häuser stehen,
Während ihr uns ohne Bleibe laßt,
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen,
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.

RENÉ HEILIG

Neues Deutschland

Mit Hoffnung und Mut - Gemeinsam - Aufrecht

Zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Rosa und Karl, zwei Namen, die für die Geschichte der Arbeiterbewegung und für den Kampf gegen den Militarismus in Deutschland stehen.

Im Januar 1990, als das „staatssozialistische“ HERRschaftssystem zusammenbrach, Zehntausende ihre verschiedenen Wege zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fanden, wurde ein totes Ritual wieder zur lebendigen Demonstration.

Heute ist es unser Weg zu Rosa und Karl, den wir mit Hoffnung und Zweifel, kritischer Distanz und solidarischem Miteinander gehen.

- Gegen „Abwicklung“ von Volk und Geschichte, Ellenbogenkampf und Entsolidarisierung, Verwicklung Deutschlands in den drohenden Krieg am Golf!

- Für Frieden und Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und gegenseitige Achtung.

Wieder sind soziale Ängste, Verunsicherung, Ausländerhaß, Intoleranz und Radikalisierung nicht mehr zu übersehen. Militanz, Verfolgung und Restriktionen in der Gesellschaft gingen schon immer mit dem deutschen Drang nach außen einher.

Deshalb: Nein zum Krieg! Weder Truppen noch Geld! Kein Blut für Öl!

Kommt am Sonntag, dem 13. Januar 1991 ab 9 Uhr an die Gräber von Rosa und Karl (Berlin-Friedrichsfelde, Zentralfriedhof, U+S- Bahnhof Lichtenberg)

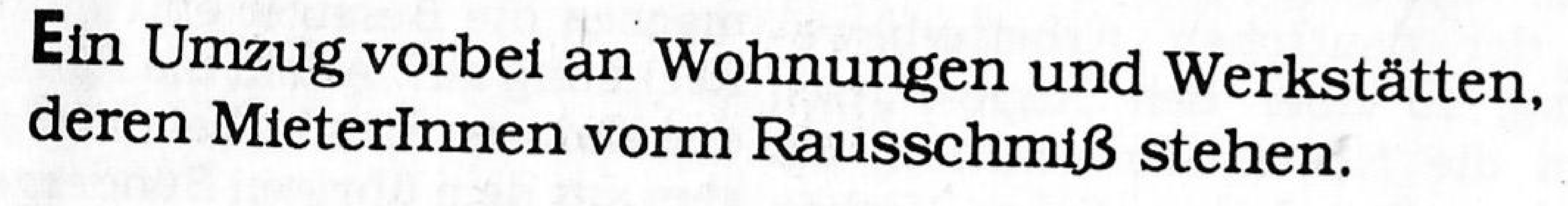
Bringt am Dienstag, dem 15. Januar 1991, um 18 Uhr, auf den Olof- Palme-Platz (Platz vor dem Elefantentor) zum gemeinsamen Gang zum Mahnmal am Landwehrkanal von Rosa und Karl Blumen mit!

KEIN PLATZ

für Miethaie und StadtverplanerInnen

Sa, 19.1. 11.30 Uhr Oranienplatz: "Spektakel in Kreuzberg"

Unterstützt die von Kündigung und Räumung bedrohten MieterInnen und Projekte!



Ein Umzug vorbei an Wohnungen und Werkstätten, deren MieterInnen vorm Rausschmiß stehen.

Zur Information der KiezbewohnerInnen.

Als Zeichen, daß wir uns nicht verplanen lassen.
- von StrategInnen, die hier eine Hauptstadt, Olympiastadt, Europametropole Berlin errichten wollen; auf Kosten derer, die nicht einen dicken Geldbeutel wie sie selbst haben.

Beteiligt Euch:

Ruft an beim Infotelefon, wenn ihr selbst von drastischer Mieterhöhung oder Kündigung betroffen seid; auf dem Umzug könnte auch über euer Beispiel berichtet werden.
Macht mit: Musik, Theater, Feuerspucken, gehbare Kaffee"stände"...
Hängt Transparente aus Euren Wohnungen (aber nicht nur) entlang der Route.

Vorläufige Route:

Treffpunkt Oranienplatz, Oranienstraße, Prinzessinnenstraße, Segitzdamm, Reichenberger Straße, Kottbusser Tor, Kottbusser Straße, Maybachufer, Schinkestraße, Ohlauerbrücke, Ohlauer Straße, Spreewaldplatz, Lausitzer Platz, Eisenbahnstraße, Muskauerstraße, Manteuffelstraße, am Görlitzer Bahnhof ist Abschluß.

Ob in Kreuzberg, Neukölln oder anderswo

Wir bleiben!

UnterstützerInnengruppe: "Wir bleiben in SO 36"

Infotelefon:
Tel. 614 30 80
Mo, Mi, Do 16.00 - 18.00 Uhr